

# Drucksache

der

vernetzenden Organisation

No. 3, April 2009

## INHALT:

Editorial 2

## WAS WAR:

Da ist nichts zu retten!  
Alternativen zur Krisenbewältigung 3

Vorfeld-Repression beim Anarchistischen  
Kongress 4

Individuelle Perspektive auf den Rausschmiss  
Analyse des B.Z.-Aufmachers

Bildungsstreik 6

## DEBATTE:

Gedanken zur Vernetzung der Studibewegung 8

Stellungnahme zum Bildungsstreik 9

Naher Osten - Ferner Westen 11  
Der Israel / Palästina - Konflikt und die Linke in der BRD

Gegen die Wand 16  
Thesen zur Krise der automobilen Gesellschaft

## WAS WIRD:

Der Schlüssel liegt unterm Blumentopf 18  
Das GW3, universitäre Zwänge und Freiräume

Mobilität für Alle 20  
Der „Bremer Umsonstfahrttag“

## VORSTELLUNG:

Kritische Lehrer\_innen Berlin 23

hco2 Herrschaftskritisches Colloquium Berlin 23

# Editorial

Liebe\_r Leser\_in, du hältst die dritte Ausgabe der Drucksache, des unregelmäßig erscheinenden Mitteilungsblattes der Vernetzenden Organisation in der Hand.

Die Drucksache ist keine Zeitung mit Redaktion, Lektorat und Titelthemen. Die Drucksache ist vielmehr für alle aus der VO und ihrem Umfeld offen. Eine Zensur findet nicht statt (und wir meinen das auch so).

Organisiert wird die Drucksache von dem AK Drucksache in der VO. Er kümmert sich um die Zeitpunkte für das Erscheinen, Deadlines für Artikel, das Layout und den Druck. Den Inhalt gestalten alle durch ihre Beiträge.

Ziel der Drucksache ist es, die VO und ihr Umfeld über die Aktivitäten und Interessen der beteiligten Gruppen zu informieren und inhaltliche Debatten zu führen.

Dabei sind die Texte weder notwendigerweise neu noch explizit für die Drucksache geschrieben. Im Gegenteil werden oft bereits vorhandene Texte abgedruckt, um sie noch einmal einem anderen Publikum zugänglich zu machen.

In dieser Ausgabe geht es um den Anarchistischen Kongress, der über Ostern in Berlin stattfand, Mobilität und die Klimadebatte, den Bildungsstreik und die Studierendenvernetzung. Außerdem drucken wir noch einmal einen alten Text zur Position der Linken im Nahostkonflikt ab. Und auch hier fehlt die allgegenwärtige Krise nicht. Zu guter letzt stellen sich zwei Berliner Gruppen vor.

Auf dem Rückumschlag gibt es noch eine beschäftigungsvorschlag für schlaflose Nächte. Schafezählen gehört damit Endgültig der Vergangenheit an.

Viel Spaß beim Lesen.

Der AK Drucksache der VO

Kontakt: drucksache<ät>vo.bildung-schadet-nicht.de

# Da ist nichts zu retten!

Alternativen zur Krisenbewältigung

von PAG Braunschweig



Dieser Text war ursprünglich ein Aufruf zur Krisen-Demo am 28.3. Wir halten ihn aber nach wie vor für aktuell und möchten ihn deshalb noch einmal abdrucken.

Am 28.3. wollen Linke Gruppen, ATTAC, Gewerkschaften, etc. unter dem Motto „wir zahlen nicht für eure Krise“ zehntausende Menschen in Frankfurt und Berlin auf die Straße bringen. Wir unterstützen das, denn öffentliche Kritik an den Ursachen und dem Umgang mit der Krise ist nötig. Uns geht es aber nicht nur darum, nicht für die Krise zu zahlen. Vielmehr wollen wir das System, das Elend und Umweltzerstörung nicht nur zu Krisenzeiten, sondern im Normalbetrieb notwendig produziert, hinterfragen und uns an einer Suche nach solidarischen Alternativen beteiligen. Deshalb rufen wir zur Teilnahme am antikapitalistischen Block auf der Demo in Berlin am 28.3. auf.

## Zur Krise und solidarischen Perspektiven

Wir stehen vor der schwersten Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten. Ihre Folgen werden wir alle hier – und mehr noch Menschen in ärmeren Ländern – zu spüren bekommen. Ursachen der Krise sind auf der einen Seite eine zu große Anhäufung von Kapital (Überakkumulation) in Wirtschaftssektoren wie der Finanzwirtschaft und der Automom-

bilindustrie, denen auf der anderen Seite zu geringe Löhne und damit zu wenig Kaufkraft bei den Massen (Unterkonsumtion) gegenüberstehen. Insbesondere in den USA wurden die niedrigen Löhne durch voraussetzungslose Kredite ergänzt um den Konsum zu steigern. Die Hypotheken auf die neuen Eigenheime verkauften die Banken gleich weiter, so konnte auch im Finanzbereich weiteres Kapital investiert werden. Doch ohne steigende Löhne musste diese Spekulation ein Ende haben, das sich in den letzten zwei Jahren erst ankündigte und dann mit der Hypothekenkrise eintrat. Durch die verzweigten Geschäfte und Abhängigkeiten der Kreditvergabe und Absicherung breitete sich die Krise auf immer mehr Bereiche aus (und tut es noch immer). Das Vertrauen unter den Banken schwand und es wurde und wird immer schwerer Kredite zu bekommen, da das höhere Risiko ihr Geld zu verlieren Investoren von Geschäften abhält. Hier springt der Staat ein. Entgegen der, bei jeder Forderung nach Sozialleistungen sofort zitierten, Theorie der leeren Staatskassen können innerhalb von Tagen hunderte Milliarden Euro für „Rettungspakete“ locker gemacht werden. Der Staat unterstützt damit Banken und Industrie durch Kredite um ihr Bestehen zu sichern. Die Sicherheit des Staates dafür sollen wir alle sein. Verliert der Staat seine Investitionen, müssen wir die Staatskasse

durch Steuern wieder füllen. Wenn die Investoren ihre Profite schwinden sehen, sollen wir alle einspringen. Doch wir zahlen nicht für ihre Profite!

Aber auch Staaten sind nicht vor Bankrott gesichert. Einige Staaten stehen oder standen in dieser Krise bereits kurz davor (Island, Ungarn, ...). Was bei einem Staatsbankrott passiert, haben wir 2001/02 am Beispiel von Argentinien gesehen – und es hat Politik und Kapitalisten nicht gefallen. In Folge der massiven Abwertung des Pesos wurden die Konten der Bürger eingefroren, was sich zu mehrtägigen Aufständen mit Beteiligung breiter Bevölkerungsschichten führte. Viele Betriebe wurden geschlossen, die Arbeitslosigkeit und Armut stieg massiv an. In ihrer ausweglos erscheinenden Situation nahmen die Beschäftigten vieler bankrotter Betriebe ihr Schicksal selbst in die Hand und produzierten selbstorganisiert in Eigenregie weiter. Kapitalismus ist eben doch nicht alternativlos. Einige dieser Betriebe, z.B. die Fliesenfabrik Zanon, produzieren noch heute basisdemokratisch organisiert in Arbeiter\_innenhand, trotz des kapitalistischen Wettbewerbsdrucks.

Die Krisenpolitik der Bundesregierung und anderer Staaten hingegen verspricht wenig langfristige Wirkung. Die strukturellen

*Fortsetzung auf Seite 4*

# Vorfeld-Repression beim Anarchistischen Kongress

von diversen Beteiligten

Die Beiträge stammen aus der Dokumentation der Vorfeld-Repressionen zu Anarchismus-Kongress am Osterwochenende 2009. Quelle: [http://projekt-menschwerdung.com/wiki/index.php?title=Aktuelle\\_Ereignisse](http://projekt-menschwerdung.com/wiki/index.php?title=Aktuelle_Ereignisse)

## Individuelle Perspektive auf den Rausschmiss – „Meine zaghafte Annäherung an die Anarchie“

Die Kongressankündigung hatte mich neugierig gemacht: Anarchismus im 21. Jahrhundert – Anarchie organisieren. Schon seit einiger Zeit kommt es mir so vor, als ob sich unsere Demokratie immer mehr von ihren Grundsätzen verabschiedete und unsere Eliten sowieso machen, was sie wollen. Im Gegensatz dazu hatte ich Anarchie mir immer als die konsequente Fortsetzung der Demokratie vorgestellt, als einen Raum, in dem die wirkliche Freiheit anfängt: Nicht nur die Freiheit von Autoritäten und Hierarchien, sondern auch vom Kapital, von Rassismen, Sexismus oder Nationalstaaterei.

Der „Open Space“ am Anfang, in den spontan Themen eingebracht werden konnten, die Büchertische und Themen wie „Anarchie und Strafe“, oder „Geschichte, Gegenwart und Zukunft des Anarchismus und seiner Presse“ hatten mein Interesse sofort geweckt. Aber wirklich gespannt war ich

darauf, ob es uns gelingen würde, miteinander auf eine Art umzugehen, die dem Gedanken der herrschaftsfreien Gesellschaft nahe kommt.

Am Gründonnerstag fiel mir dann in der U-Bahn eine Schlagzeile einer Boulevardzeitung ins Auge, „Chaoten planen Anarchiekongress an Berliner Uni“ oder so. Darunter ein Bild von etwas Brennendem. Später bekam ich dann mit, dass die Leitung der TU offenbar durch diese Schlagzeile und die Reaktionen ihrer vorgesetzten Senatsverwaltung so eingeschüchtert war, dass sie alles daran setzte, unseren Kongress wieder loszuwerden. Studierende von der TU erzählten, sie seien am Gründonnerstag um 21 Uhr vom TU-Sicherheitsdienst aufgefordert worden, das Gebäude und den Campus zu verlassen. Am Karfreitag dann standen ahnungslose Kongressteilnehmer\_innen vor den verschlossenen TU-Gebäuden und wurden von der Polizei gefilmt. Daneben wurden auch zwei Personen beobachtet, die möglicherweise der rechten Szene zuzurechnen sind, und die ebenfalls fotografierten.

Ich selbst hatte zum Glück die Ortsänderung im Internet rechtzeitig gesehen, so dass ich pünktlich beim Anfangsplenum mitmachen konnte. Zu Beginn waren wir etwa 80 Personen. Viele Workshops und Vorträge konnten wie geplant stattfinden. Nur zwei muss-

ten ausfallen, weil für die Technik geeignete Räume fehlten. Sehr erstaunt hat mich, dass niemand bedrückt war. Schließlich waren wir ja nicht nur im letzten Moment von unserem eigentlichen Kongressort verdrängt, sondern auch als Chaoten und Kriminelle diffamiert worden. Aber anscheinend ging es vielen ähnlich wie mir: Wichtig war, dass der Kongress stattfindet und dass inhaltlich gearbeitet werden konnte. Die organisatorischen Probleme konnten im Laufe des Karfreitags größtenteils behoben werden, weil sich in gewohnter anarchistischer Manier alle mittlerweile 250-300 Teilnehmer\_innen an der Organisation des Kongresses beteiligten. In der herrschaftsfreien Gesellschaft hat eben jede und jeder mehr Verantwortung für das Gelingen als in der aktuellen. Die Berliner Boulevardzeitung B.Z. hatte am 9. April mit dem Anarchistischen Kongress aufgemacht. Gleich an vier Stellen des Blattes kam der Kongress vor: als Schlagzeile auf der Titelseite, als ausführlicher Artikel auf Seite 6 und als Thema eines Kommentars sowie in der „Liste der absurdesten Seminare“ auf der selben Seite. Sowohl auf der Titelseite, als auch auf Seite 6 wurde der Kongress im zweiten Atemzug mit brennenden Autos in Verbindung gebracht. Auf Seite 6 waren Bilder von brennenden Autos von Mittwoch-Nacht unter den Artikel montiert, zusammen mit einer unauffälligen Notiz zu dem Vorfall im Wedding, zu dem die Bilder gehörten.

von Vanessa Frei, 23

Fortsetzung von Seite 3

Probleme, die zur aktuellen Krise geführt haben, werden nicht angefasst, die ökologische Komponente der „Rettungspakete“ ist vernachlässigbar und das System an sich wird schon gar nicht in Frage gestellt – höchstens verbal um Veränderungen vorzutäuschen.

Überakkumulierte Bereiche werden direkt und indirekt über Nachfragesteigerung gestützt, an den Löhnen ändert sich nichts. Wir wollen hier weder eine „FDP – der Markt soll alles regeln“ Position einnehmen und die Arbeiter\_innen der Unternehmen ihrem Schicksal überlassen, noch nach dem starken (sozial)Staat rufen, sondern darauf hinweisen, dass die Krisenpolitik auch systemimmanent nicht alternativlos ist.

Arbeiter\_innen aus Autokonzernen können auch andere (ökologisch vertretbare) Dinge bauen. Steigende Löhne und geringere Arbeitszeit erhöhen die Kaufkraft und senken die Arbeitslosigkeit. Aber eben auch die Profite. Und deshalb glauben wir nicht, dass ein kapitalistischer Staat von sich aus zu solchen Maßnahmen greifen wird. Ein Appell ist deshalb nur sinnvoll um das Thema in die Öffentlichkeit zu bringen.

Um gesellschaftliche und individuelle negative Folgen der Krise zu verhindern ist es notwendig selbst aktiv zu werden. Wir haben keine fertige Alternative zum Kapitalismus, wir haben nur Ideen und die gilt es auszuprobieren und zu konkretisieren.

Leere Häuser können besetzt, geschlossene Betriebe wieder geöffnet und gemeinsame Angelegenheiten gemeinsam diskutiert werden. Wir brauchen keine Vermieter um zu Wohnen, keine Investoren um zu arbeiten und keine Politiker um zu entscheiden was gut für uns ist. Eine bessere Welt fällt nicht vom Himmel, sie wird nicht in Parlamenten beschlossen. Sie kann nur von uns allen erkämpft und realisiert werden! Die Krise reißt uns aus unserem Alltag – nutzen wir das um ihn wieder selbst in die Hand zu nehmen.

Tragen wir unsere Kritik und Ideen auf die Straße und in die Köpfe. Nicht nur am 28.3. Kämpfen wir für solidarische Alternativen. Denn Kapitalismus ist auch keine Lösung.

## Analyse des B.Z.-Aufmachers

### Hauptartikel

den Artikel findet ihr unter <http://www.bz-berlin.de/archiv/500-chaoten-wollen-an-der-tu-anarchie-lernen-article421481.html>

Der Artikel macht folgende unlautere Gleichsetzungen:

- Herrschaftsfreiheit = „Gesellschaft ohne Regeln“
- Anarchisten = „Chaoten“ = „brennende Autos und Radale“
- Sprecher des Kongresses = anonym = „das unbekannte Böse?“ vs. „ehrliche TU-Studierende, die sich empören mit Gesicht, Namen und Alter“
- „Anarchie und Sex“ als absurdester Seminarartikel, der möglicherweise Assoziationen in Richtung Verfall jeglicher Moral auslösen soll.

Insgesamt ist die Seite eine Komposition aus dem Wort „Anarchie“ auf der einen Seite und Feuer, Vernichtung, Verschwörung und Sittenverfall auf der anderen. Daraus ist die Absicht zu lesen, dass bei der Leserin oder dem Leser ein Bild von Sodom und Gomorra entsteht, von dem man sich fern halten muss. Ja man darf sich nicht einmal danach umdrehen, um nicht sofort zur mahnenden Salzsäule zu erstarren und damit aus dem gesellschaftlichen Leben verbannt zu sein, ja ganz zu verschwinden.

### Titelseite vom 9. April

„Brennende Autos“, „Molotowcocktails“ und „Überfälle auf Restaurants“ werden im zweiten Atemzug mit dem Kongress verknüpft über die Frage „haben wir nicht schon genug Chaoten in Berlin?“ Der Verfassungsschutz wird als Quelle genannt, Äußerungen von Entsetzen werden zitiert, der Kongress in einen Gegensatz zu den „normalen“ Studierenden gebracht. Gleich hier wird der Kongress als außerhalb eines überhaupt nur möglichen gesellschaftlichen Konsenses etikettiert.

### „Kommentar“

den „Kommentar“ von einem B. Schupelius findet ihr unter <http://www.bz-berlin.de/archiv/eine-universitaet-wird-missbraucht-article421508.html>

Unter der Überschrift „Eine Universität wird missbraucht“ stellt er den Kongress in die Ecke des Irrationalen, fragt warum der

Sprecher anonym bleiben will und ob dort Gewalt gepredigt werde. Er schließt damit, dass die Uni ein Ort wissenschaftlicher Toleranz sei und dem Kongress deshalb die Türen verschließen müsse. Damit wird klar, dass es von der B.Z. als die eigentliche Provokation angesehen wird, dass ein Anarchismuskongress sich theoretisch und wissenschaftlich mit Anarchie auseinandersetzt. Laut Redaktionsstatut müsste er als irrational und brandgefährlich dargestellt werden. Daher wird es auch als Erfolg angesehen, dass der Kongress umgezogen ist, obwohl er nun trotzdem stattfindet.



### unseriöse Berichterstattung als Repression?

In einem Gespräch mit dem AStA vertrat der Präsidialamtsleiter, Kathöfer, die Auffassung, Diffamierungen gehörten nun mal zur Pressefreiheit dazu. Offenbar hat aber nicht nur die Zurechtweisung des Landeskriminalamts, sondern auch die negative Berichterstattung über die TU dafür gesorgt, dass die TU-Leitung entschied, den Anarchismuskongress um jeden Preis aus der TU herauszuhalten.

B.Z. und Berliner Kurier haben in diesem Sinne beide in die gleiche Kerbe gehauen, den Kongress in den Bereich des Wahnsinns und der Gewalt, ins Klandestine verbannt. In der B.Z. entrüstet sich der Kommentator: „Sie [die Uni] muss vor diesen Linksradi-kalen ihre Türen verschließen. Unglaublich, dass Bildungssenator Jürgen Zöllner (SPD) nicht dafür gesorgt hat.“ Als sichtbares Zeichen von Repression schloss die TU einen Tag

später ihre Türen für ihre Gäste vom Anarchismuskongress und wird in der nächsten B.Z.-Ausgabe dafür gelobt (Artikel unter <http://www.bz-berlin.de/archiv/berliner-uni-stoppt-chaoten-kongress-article422937.html>): „Die Reaktion kam spät, aber entschlossen: Nach dem Bericht der B.Z. stoppte die Leitung der Technischen Universität den Chaoten-Kongress.“

Das ganze geht natürlich nicht, ohne dass den Verdrängten auch noch die Schuld zugewiesen wird: „Maschinenbau-Student Ismail B. (24) zur B.Z.: ‚Die können doch nicht ohne Genehmigung so eine Veranstaltung hier machen. Ich muss doch für meine Prüfung lernen.‘“

### B.Z. und Berliner Kurier als repressive Presse?

Wenn Menschen nicht nur verbal mit allen Mitteln der Propaganda diffamiert werden, sondern das auch dazu führt, dass Menschen verdrängt werden und sich zum Teil nicht einmal mehr trauen, ihr Interesse an dem Kongress zu zeigen, dann ist die Berichterstattung Teil dieser Repression, zumal B.Z. und Berliner Kurier in der Stadt mit ihren Blättern die Definitionsmacht nicht nur über die Stammtische ausüben. Hätten sie eine Auflage von ein paar zig tausend Exemplaren, so würde das Handeln der TU-Leitung sich kaum als ein Einknicken vor der Macht der Straßenzeitungen darstellen.

### Es geht auch anders

Beispiel Radio Eins, So, 12. April, 8:45 Uhr: In der Sendung widmete Radio Eins vom RBB dem Anarchismus-Kongress gute sieben Minuten. Die Redakteurin unterhielt sich mit dem Reporter über den Kongress. Dieser ließ sowohl Organisator\_innen und Teilnehmer\_innen in ausreichender Länge als eingespielte O-Töne zu Wort kommen, so dass Aussagen in ihrem Sinnzusammenhang gedeutet werden können. Drei O-Töne waren von Teilnehmer\_innen, die aus Interesse am Gedanken der Anarchie gekommen waren. Einer machte einen Definitionsversuch: „Anarchie ist Herrschaftslosigkeit – mehr weiß ich aber auch nicht zu sagen“. An dem Beitrag konnte man sehr gut erkennen, dass da Leute auf der Suche waren, „Leute wie du und ich“, wie man so schön sagt. Andererseits kam das anarchistische Potenzial zur Selbstorganisation zu kurz: Zum Beispiel die Mittel, mit denen Transparenz über Programm, Orte und Jobs hergestellt wurde und so weiter.

# Bildungsstreik

Reflexion des bundesweiten Treffens Ende März in Berlin aus Sicht derjenigen, die die Rödellarbeit gemacht haben

## 1. „Koordinierungskreis“, Transparenz von Tagesordnung und Methode

### a) Erwartbares

Zwei Wochen vor dem Treffen liegt eine inhaltliche Beschreibung des Treffens vor. Diese umfasst nicht nur eine Tagesordnung, sondern auch Vorstellungen dazu an welchen Stellen Plena sinnvoll und ergebnisorientiert durch Kleingruppenprozesse ersetzt/unterstützt werden. Es bleibt Raum für spontan zu Klärendes und für's Kennenlernen, und Entscheidungsprozesse werden so vorgeschlagen, dass erkennbar wird, wie darin möglichst viele Menschen zu Wort kommen können. Es gibt einen Ort, an dem Informationen über Workshops und Ähnliches veröffentlicht werden können und an dem Transparenz über Änderungen und das laufende Programm für alle hergestellt wird. Während des Treffens wird vereinbart, wie das nächste und das übernächste Treffen den Erfahrungen des abgelaufenen Rechnung tragen, und wer was macht.

### b) Gelaufenes

Tagesordnung: etwa zehn Tage vor dem Treffen veröffentlichte ein Koordinierungskreis-Mitglied einen Tagesordnungsvorschlag, ohne aber mitzuliefern woher dieser Vorschlag kam. Etwa eine Woche vor dem Treffen traf sich zum ersten Mal ad hoc eine Vorbereitungsgruppe aus etwa 8 Personen. Diese überarbeiteten nochmal den Tagesordnungsvorschlag, so dass es gemeinsame Zeit mit den Teilnehmer\_innen des Schüler\_innenkongresses gab, und veröffentlichte ihn auf der bundesweiten Liste. Jemand aus dem Berliner AS-ten-Umfeld übernahm die Einrichtung eines Infotischs, die Raumpläne und die Absprachen mit dem Koordinierungskreis. Von einem zweiten Koordinierungskreis-Mitglied erhielt er auf wiederholtes Nachfragen am Tag vor dem Kongress eine überarbeitete Tagesordnung, die die Vorarbeiten der

Vorbereitungsgruppe unbeachtet ließ und offenbar wieder nicht auf den Schüler\_innenkongress abgestimmt war. Außerdem war wieder nicht klar, für wen dieser eigentlich sprach und agierte. Einigkeit über eine Tagesordnung konnte daher erst am Donnerstag in den ersten Stunden des Treffens erzielt werden. Transparenz wäre herstellbar gewesen, einerseits wenn das Treffen als offener Raum betrachtet worden wäre, in dem jede\_r Angebote machen hätte können, oder andererseits, wenn es im Vorfeld ein Konzept gegeben hätte, dass die wichtigsten im Vorfeld geäußerten Bedürfnisse berücksichtigt hätte: Austasuch, Kennenler-

## 2. Infotisch

Es gab einen Infotisch und einen Büchertisch. Der Büchertisch stellte Schul- und Bildungssystemkritische Literatur vor und wurde rege frequentiert. Insbesondere bei den vielen kostenlosen Broschüren wurde gerne zugegriffen. Leider konnte er am Samstag abend und am Sonntag nicht wieder aufgebaut werden, da ihn niemand betreuen konnte. Ergänzt wurde der Büchertisch durch einen weiteren Büchertisch, den das KuBiz Raoul Wallenberg am Freitag und Samstag abend mit ähnlicher Ausrichtung betrieb.



nen, mehr Diskussionsprozesse und mehr Zeit für Entscheidungen. Weder Tagesordnung noch Methode noch Konzept lagen vor. Wenigstens ein Vorschlag dafür wäre vom Koordinierungskreis erwartbar gewesen. Stattdessen wurde nicht einmal auf dem Treffen explizit transparent gemacht, wer der „Koordinierungskreis“ ist, was für einen Aufgabenbereich er für sich sieht und wie man sich ihm anschließen kann. Seine Mitglieder schienen überfordert.

Der Infotisch konnte seine Funktion nur teilweise erfüllen. Als ein Programm beschlossen war, war dort nach kurzer Zeit ein gedrucktes Tagungsprogramm mit Lageplan etc. erhältlich. Auch Stadtpläne mit der Demoroute wurden bereitgestellt und später durch Ausdrucke der von der Polizei geänderten Demoroute ersetzt. Ebenfalls am Infotisch gab es ein schwarzes Brett, an dem alle Veranstaltungen mit Angabe von Raumnummern veröffentlicht waren.

Im Speisesaal war zusätzlich eine Tafel, an der aktuelle Veranstaltungen veröffentlicht wurden. Leider ist der Infotisch von einigen Teilnehmer\_innen nicht richtig wahrgenommen worden, so dass diese sich schlecht zu recht fanden und dies auch in der Abschlussrunde anmerkten. Außerdem haben wir vergessen, transparent zu machen, welche Eingänge am Wochenende offen sind und auf welchen Wegen man am schnellsten von einem Gebäude zum anderen kam. Ein Problem war auch, dass die beiden Gebäude etwa 10 Gehminuten auseinander waren und eine stark befahrene Straße dazwischen

kooperiert und Brandschutzbestimmungen vorschreibt und dass wegen der Einbeziehung eines Donnerstags die Nutzung von Schulturnhallen ausfiel.

#### 4. Küche

Letztlich hatten wir noch Glück, dass ein Vokü-Team aus Holland zusagte, die VoKü zu machen. Alle Berliner VoKüs, die wir anfragten, waren zu diesem Zeitpunkt schon längst mit den Vorbereitungen für Straßburg (NATO-Gipfel) ausgelastet. Peinlich ist, dass das Geld für Einkäufe und für die Fahrtko-

letzten Moment „gerettet“ werden. Insgesamt wurde das Treffen von lauter Leuten organisiert, die nicht danach gefragt worden waren und sich lieber inhaltlich eingebracht hätten, sondern aus Verantwortungsgefühl in die Organisation „reingerutscht“ sind. Alles in allem können wir uns aber auf die Schultern klopfen, es trotzdem geschafft zu haben und viele gute Gespräche, dynamische Prozesse und neue Bekanntschaften davon mitgenommen zu haben. Es wäre aber wahrscheinlich auch anders als um den



lag. Auswärtige Teilnehmer\_innen hatten da ein echtes Orientierungsproblem, das mit Beschilderung gelöst hätte werden können. Aber dazu waren wir einfach zu wenige Leute.

#### 3. Übernachtungsgelegenheiten

Hier war zuerst gar nicht klar, wer sich darum kümmert. Ein Mitglied des Koordinierungskreises soll wiederholt gesagt haben, er habe es auf dem Schirm. Die Leute vom AStA TU hatten anfangs deutlich gemacht, dass sie für Räume, nicht aber für Übernachtungsgelegenheiten sorgen könnten. Bis etwa eine Woche vor dem Kongress passierte nichts. Dann gab es hektische Aktivitäten, Auf der Bettenbörse im Wiki tauchten nach und nach etwa 40-60 Plätze auf. Am ersten Tag des Treffens kam ein kurdisches Kulturzentrum mit 50 Plätzen dazu. Sicher hätten wir es geschafft, alle unterzubringen, wenn wirklich 350 Leute gekommen wären. Trotzdem war es unter dem Gesichtspunkt der Übernachtungsplätze gut, dass es deutlich weniger waren. Objektiv erschwerend kam zur Suche nach Übernachtungsplätzen hinzu, dass die TU hier nicht mit dem AStA

sten des Küchenteams durch Spenden nicht wieder hereinkam. Nach Schätzung des Küchenteams hätte jede\_r 10 EUR spenden müssen, damit es reicht.

#### Fazit

Der „Koordinierungskreis“ war nicht wahrnehmbar. Einzelne Mitglieder traten zwar wenigstens gegenüber den Organisierenden in Erscheinung, definierten für sich Verantwortlichkeiten, von denen sie dann aber nicht oder nur sehr zögerlich zurücktraten, als schon klar war, dass sie diese nicht einhalten konnten (zum Beispiel Übernachtungen, Tagesordnung). Andere Verantwortlichkeiten waren lange nicht geklärt (zum Beispiel, wer kocht?). Es fühlte sich nicht einmal vom „Koordinierungskreis“ jemand verantwortlich, die Lücke zu schließen oder auch nur kenntlich zu machen. So dachten viele Leute zu lange, es würde schon alles laufen. Dann musste die Sache aber doch im

Preis der Erschöpfung gegangen. Dass sich nächstes Mal andere Leute so abrackern, sollte vermieden werden.

Empfehlung: Unklarheit über Verantwortlichkeiten war der größte Gegner der Organisierenden dieses Treffens. Es braucht Leute vor Ort, die von vornherein Verantwortung übernehmen. Auf Impulse aus dem „Koordinierungskreis“ zu warten, vergrößerte im Fall Berlin nur das Chaos. Falls sich vor Ort keine Leute finden, die freiwillig und aus Überzeugung Verantwortung für ein bundesweites Treffen übernehmen, dann sollte es ehrlichkeitshalber ausfallen, denn unsere Treffen sollen ja ermutigen und nicht frustern.

Christoph, der sich dafür einiges von den Rödel-Arbeiter\_innen erzählen lassen hat

# Gedanken zur Vernetzung der Studibewegung

Steffi Streik (u.a.)

Das Treffen in Heidelberg produzierte einige Fragen zum Zustand der Struktur einer bundesweiten Vernetzung der Studierenden. So wollen wir über die zukünftige Ausrichtung und Arbeitsweise der bundesweiten Vernetzung eine Diskussion anstoßen:

## eine VORGESCHICHTE: Was ist die bundesweite Vernetzung?

Die bundesweite Vernetzung betrachten wir als eine lose Vernetzung von aktiven Studierendengruppen, die sich auf den Vernetzungstreffen vernetzen, um darüber hinaus gemeinsam gleichberechtigt miteinander Aktionen, Kampagnen und Inhaltliches zu planen. Diese 2004 geschaffene Struktur wurde absichtlich abseits der bestehenden Strukturen wie fzs (Freier Zusammenschluss der Studierendenschaft), bpm (Bündnis für Politik und Meinungsfreiheit) und abs (Aktionsbündnis gegen Studiengebühren) gegründet. Jedoch war eine Zusammenarbeit mit den oben genannten Strukturen prinzipiell möglich. Gerade mit dem abs hat es phasenweise eine intensive Zusammenarbeit gegeben. Um die Gemeinsamkeit und Gleichberechtigung zu wahren und um Fehler, die im fzs gemacht wurden, nicht zu wiederholen, sowie Basisgruppen nicht zu verschrecken, wurde bislang auf jegliche Institutionalisierung verzichtet. Das heißt im Konkreten unter anderem (zum besseren Verständnis): es gibt keine SprecherInnen, keine Wahlen, keine Abstimmungen, keine Beschlüsse, keine gemeinsam verwalteten Gelder.

Auf dieser Basis konnte sich ein Netzwerk bilden, welches die Prinzipien der Solidarität ernst meinte und in der so unterschiedliche Strukturen wie autonome Basisgruppen und von einer verfassten Studierendenschaft durch Wahlen legitimierte Asten (Asta- allgemeiner Studierendenausschuss), miteinander arbeiten konnten.

Es ist ein Netzwerk, welches auf gegenseitiges Vertrauen setzt, auf gegenseitiges Kennenlernen, und sich in zwei starken Anfangsjahren behauptet und gestärkt hat. Beide Kampagnen, „summer of resistance“ und „summer of resistance reloaded“, wur-

den auf den Vernetzungstreffen koordiniert - ohne die Basisgruppen zu bedrängen oder den lokalen Strukturen etwas aufzudrängen. [Deswegen war das Ergebnis wahrscheinlich so stark.] Es wurden zwei Kampagnen gestartet, die emanzipatorische Inhalte in die Gesellschaft kommunizierten und versuchten, gesellschaftlich zu intervenieren. (In Hessen gelang dies auch)

Auch wenn viele Dinge nach wie vor ungelöst sind, sollte diese Vernetzungsstruktur weiter existieren. Deshalb haben wir im letzten Sommer die Idee des bundesweiten Vernetzungstreffens nach einiger Pause wieder aufgenommen. Es hat ein Vernetzungstreffen in Hamburg stattgefunden, bei dem gemeinsame Aktionen, das weitere Vorgehen in Bezug auf eine bundesweite Vernetzung und ein Termin/Ort für das nächste Treffen besprochen wurden. Dieses Treffen sollte in Heidelberg möglichst in der oben vorgestellten Struktur stattfinden, damit möglichst viele Gruppen einen Platz in der Vernetzung finden.

In Heidelberg trafen sich jedoch das in Kassel begründete BILDUNGSSTREIKTREFFEN und das VERNETZUNGSTREFFEN, zur selben Zeit am gleichen Ort. Es wurde jedoch nur ein Bildungsstreiktreffen abgehalten.

- solidarisches Miteinander und kennen lernen verschwanden hinter einer kongresshaften Tagesplanung
- wirkliche Diskussionen konnten nicht entstehen, weil die Arbeitsstruktur (große Plena) dafür nicht geeignet ist und Änderungsvorschläge für die Zusammenarbeit (Kleingruppen) wurden abgeblockt bzw. nicht gesehen.
- das „Abendplenum: Berichte aus den Arbeitsgruppen“ (Samstags) wurde zu einem Beschluss-, statt eines Berichtsplenums
- Beschlüsse wurden gefällt, selbst dort, wo durch Vetos keine gefasst werden konnten. Trotzdem wurde auf Entscheidungen gedrängt, bis die Veto-gebenden den Raum verlassen hatten oder entnervt aufgaben. So hatte das Verstehen unterschiedlicher Positionen keinen Raum.
- Der Begriff des Konsens wurde zu einer

Farce, ja schlimmer noch zu einem Kampfbegriff gemacht um andere Positionen rauszudrängen – selbst Alternativsuchen wurden geblockt. Es wurde von einem Konsens geredet und ein Beschluss gemeint.

- Die Gleichberechtigung innerhalb des neuen Bündnisses schien nicht gegeben – es gibt stark dominierende Gruppen, die inhaltlich und formell einiges vorgeben wollen und das auch schaffen. Informelle Hierarchien wurden nicht hinterfragt und überschritten sich zudem häufig mit formellen Hierarchien (Redeleitung).
- Es wurden und werden weiterhin Posten geschaffen, welche eine Institutionalisierung des Bündnisses zur Folge haben (Finanzgruppe, Pressegruppe, Konto ...)
- Es wird ein Nord-Süd-Asten-Ausgleich mittels eines Kontos eingerichtet, welches eine de facto Parallel-Struktur zum FZS darstellt

Da vieles des oben angesprochenen fundamental mit den Vorstellungen der bisherigen Vernetzung kollidiert, sollten wir uns in Berlin (26.-29.3.) klar machen, ob

- der Bildungsstreik auf einem Vernetzungstreffen organisiert werden kann/soll?
- die Struktur die zum Bildungsstreik hinarbeitet, ein temporäres Zweckbündnis sein soll?
- wenn nicht, wie eine Kooperation oder ein gemeinsame Vernetzung in Zukunft aussehen kann?

Solidarität ist eine Waffe!

# Stellungnahme zum Bildungstreik

## Gruppen und Einzelpersonen aus der VO

*Hallo liebe Leute von der Projektgruppe „Bildungstreik 2009“,*

wir sind Gruppen und Einzelpersonen, die unter anderem im Bildungsbereich politisch aktiv sind. Auf dem letzten Treffen der Vernetzenden Organisation, das vom 9. bis 11. Januar in Braunschweig stattgefunden hat, haben wir uns mit eurer ursprünglichen „Einladung zum Projekttreffen ‚Bildungstreik 2009‘“ sowie eurem „Aufruf zum Bildungstreik 2009“ beschäftigt.

Es hat uns begeistert, mit wie vielen Menschen ihr euch bereits zusammengefunden habt, um mit dem „Bildungstreik 2009“ eine Verbesserung der Situation im Bildungswesen zu erreichen. Allerdings haben wir andere Vorstellungen von dem Konzept eines Streikes und den politischen Zielen und möchten hier vor allem Kritik an euren Texten formulieren, die uns im Augenblick davon abhält, uns aktiv in eure „Kampagne“ einzubringen.

Dies ist natürlich keine endgültige, ausgefeilte Positionierung von uns euch gegenüber, sondern bloß der Teil unserer Diskussion, die in Braunschweig konsensfähig zu Papier gebracht werden konnte. Darüber hinaus gab es, gerade was die von euch formulierten politischen Ziele und den eingeschlagenen Weg dorthin angeht, weitergehende und konkrete Kritik. Bei dieser konnten wir uns aber nicht darauf verständigen, euch einfach so damit zu konfrontieren, ohne zu wissen, wie ihr reagieren würdet.

Wir hoffen mit unserer Kritik, die leider nur von wenigen konkreten Alternativvorschlägen begleitet wird, euch ein paar Denkanstöße zu liefern.

### 1. Analyse und Kritik

Die Analyse der vergangenen Proteste  
Ihr schreibt in eurem Aufruf, dass die Proteste der letzten Jahre wenig Erfolg bei den Verantwortlichen in Medien, Wirtschaft und Politik hatten und ruft deshalb nun zum „Bildungstreik“ auf. Welche Gründe seht ihr für die mangelnden Erfolge der vergangenen

Proteste und was wollt ihr inhaltlich und methodisch konkret anders machen? Für uns ist das bisher nicht erkennbar.

Mobilisierungspotential und politische Basis  
Für den Erfolg unseres Protestes und Widerstandes ist es entscheidend, wie viele Menschen sich daran beteiligen. In den Studiengebührenprotesten, als die individuelle Betroffenheit extrem groß war, ist es nur selten gelungen kritische und entschlossene Massen zu mobilisieren. Die Situation an den Unis und Hochschulen mag sich weiter verschlechtert haben, aber in diesem Zuge haben auch individuelle Lösungsstrategien für Probleme zugenommen. Für große Massenaktionen fehlt deshalb unserer Meinung nach die politische Basis. Vielmehr befinden sich kritische Positionen an den Hochschulen in der Defensive und kämpfen immer stärker ums Überleben. Bis auf die Zusammenarbeit mit den Schüler\_innen sehen wir deshalb im Moment keine größere politische Basis als bei vergangenen Aktionen, deren mangelnde Erfolge ihr ja auch kritisiert.

#### **Langfristige Perspektive**

Um gesellschaftliche Veränderungen, wie ihr sie in eurem Aufruf formuliert, zu erreichen, bedarf es mehr als punktueller Proteste und Widerstände. Eine Aktionswoche allein hat aber genau dieses Manko. Eine langfristige systemkritische Politisierung und Handlungsfähigkeit lässt sich so nicht erreichen. Uns ist bisher nicht klar geworden, ob und wie ihr diese erreichen wollt.

#### **Ausrichtung auf Medien und Politik (Appellativer Charakter)**

Der Bildungstreik soll bei Verantwortlichen in Medien, Wirtschaft und Politik Wirkung zeigen um sie für eure Sache zu aktivieren. Wir halten es prinzipiell für aussichtslos bei Kämpfen für weitreichende gesellschaftliche Veränderungen auf diejenigen zu zählen, die strukturell von der jetzigen Gesellschaft profitieren. Um Veränderungen zu erzwingen sind unsere Positionen zu schwach verankert. Es fehlt schlichtweg die Basis. Der Protest wird zum Bittstellen und läuft ins Leere.

#### **Breites Bündnis**

Die Bündnispolitik passt zur Ausrichtung der Aktionswoche. Große realpolitisch ausgerichtete Bündnispartner\_innen unterstützen Proteste aber oft nur formal (als Geldgeber, auf dem Plakat). Sie tragen nicht zur Vergrößerung der aktiven Basis bei, da die Entscheidung zur Unterstützung von Funktionären, nicht von der Basis gefällt wird. Für Gruppen und Einzelpersonen aus sozialen Bewegungen fehlen uns konkrete Anknüpfungspunkte.

#### **Der Begriff Streik**

Der Begriff Streik steht dafür, dass der alltägliche Normalbetrieb kollektiv und konsequent verweigert wird. Wir sehen darin auf Hochschulebene vor allem den Sinn, sich zeitliche Freiräume für selbstbestimmtes Denken und Handeln zu schaffen. Eure Intention, den Begriff für eine reine Protestwoche zu verwenden, mag daher rühren, dass ihr diese Aktionsform durch geschickte Verwendung von Sprache politisch stärker und attraktiver machen wollt, als sie es eigentlich ist. Wir halten das für gefährlich, da hierbei bloß das politische Bewusstsein über das eigene Handeln radikaler wird, nicht aber das, was frau/man eigentlich tut. Auch die Verwendung des Wortes „Bildung“ halten wir für problematisch, da es schwer vermittelbar ist, ausgerechnet „Bildung“ zu bestreiken. Es sollte auch begrifflich darum gehen, sich gegen die autoritären Bildungsinstitutionen und ihre Befürworter\_innen zu stellen.

#### **Alternativen**

Uns ist nicht klar, ob die im Aufruf genannten Alternativen konkrete Kampagnenforderungen oder Ideen einer alternativen Gesellschaft sind. Handelte es sich um einen gesellschaftlichen Gegenentwurf, so können wir uns nur bedingt in ihm wiederfinden. Das Bildungssystem aus der Gesellschaft herauszulösen halten wir für problematisch, da es für uns mit ihr verknüpft ist, sie reproduzieren und/oder verändern kann. Um das Bildungswesen fundamental zu verändern muss auch die Gesellschaft fundamental geändert werden.

### Reproduzierte Hierarchien

Vor dem Hintergrund der Forderung nach Selbstbestimmung irritiert es etwas, dass einzelne Personen explizit mit akademischen Titeln in der Einladung erwähnt werden.

## 2. Alternativvorschläge

### Ziele

Wie oben erwähnt halten wir unsere (und eure) politische Basis momentan für zu klein um große Veränderungen direkt zu erkämpfen. Gleichzeitig fehlt das Wissen über gesellschaftliche Alternativen. Eine Aktionswoche sollte deshalb auf langfristige Politisierung aus sein, um kritische Positionen an den Hochschulen wieder zu stärken. Dabei spielen natürlich auch Massenaktionen eine Rolle. Damit die Enttäuschung aufgrund überhöhter Demos, desinteressierter Mitstudierender etc. sich nicht in Resignation sondern in Kritik an den Verhältnissen wandelt, bedarf es aber unserer Ansicht nach zusätzlicher inhaltlicher Angebote, die Kritik und Alternativen aufzeigen, sowie praktische Erfahrungen mit Alternativen. Kurzfristig wäre das Ziel also eine Sensibilisierung und systemkritische Politisierung der Menschen, die ihnen gleichzeitig Ideen von alternativen Gesellschaftsentwürfen gibt. Dabei spielt das Ausprobieren von Alternativen in der Praxis für uns eine große Rolle. Mittelfristig geht es uns darum solche Alternativen weiter zu konkretisieren, in immer größerem Rahmen auch zu leben und andere daran teilhaben zu lassen. Kernpunkte unserer Alternativen sind beispielsweise Hierarchiefreiheit, Selbstbestimmung, Solidarität und Ökologie. Im Bildungsbereich stehen in Form und Inhalt selbstbestimmtes Lernen und Lehren ohne den Druck der direkten Verwertbarkeit im Vordergrund.

### Bündnispartner\_innen

Um soziale Bewegungen und linke Gruppen als Mitstreiter\_innen zu gewinnen müssen ihnen Anknüpfungspunkte geboten werden. Zum Einen gäbe es konkrete Dinge, wie Rüstungsforschung oder rassistische Hochschulpolitik (kostenpflichtige Deutschkurse und -test, Studiengebühren, ...). Zum Anderen geben die gemeinsamen Hintergründe von Bildungs- und Sozialabbau Anknüpfungspunkte. Praktische Solidarisierung ist hier in beiden Richtungen möglich und nötig.

### Protest- und Widerstandsformen

Wir würden den Fokus auf politisierende Aktionen legen. Aktionen mit Erfolgserlebnis sind natürlich besonders gut. Hier ein paar (nicht unbedingt neue) Ideen:

- Unangemeldete/„spontane“ Demos. Sie vermitteln eher ein Gefühl der Stärke als angemeldete Latschkundgebungen im Polizei-Wanderkessel.
- Echtes Bestreiken von Vorlesungen wäre zwar wünschenswert, um sich Freiräume für eigene Inhalte zu schaffen, ist aber wohl an vielen Hochschulen wegen der geringen Basis kaum zu erreichen. Möglich wären aber zeitlich begrenzte Blockaden von Verwaltungen, Präsidien, aber auch Vorlesungen.
- Fordern und nehmen von Freiräumen (Zeit und Raum). Um einen Raum zu besetzen braucht man keine 1000 Leute, der Freiraum kann länger erhalten bleiben und dient damit auch der weiteren Politisierung. Außerdem würde ein Erfolg zeigen, dass man Dinge auch erkämpfen kann und sich Besitzverhältnisse ändern lassen.
- In solchen zeitlichen und örtlichen Freiräumen:
  - kann mensch inhaltliche Veranstaltungen über das direkte Thema hinaus

anbieten.

- ergeben sich auch Möglichkeiten für die Anknüpfung an soziale Bewegungen etc., da diese ihre Themen mit einbringen und mit Bildungsthemen verknüpfen könnten.
- Sollte mensch den Ablauf von Veranstaltungen hierarchieärmer gestalten (weniger Vorträge, mehr Diskussionen, Meinungsaustausch).
- Erfahrungen aus anderen Feldern (G8-Gipfel, No-Nato) und von anderen Orten (Italien, Frankreich, Griechenland) weitergeben.
- Konkret gegen Ba/Ma sind z.B. verschwindende Anwesenheitslisten

All diese Kritik bedeutet nicht, dass wir eure Kampagne grundsätzlich ablehnen oder diskreditieren wollen. Wir finden es gut, dass ihr etwas auf die Beine stellen wollt. Aufgrund unserer Kritik werden wir uns im Moment jedoch nicht unter dem Label „Bildungsstreik“ an eurer Aktionswoche beteiligen. Ob wir uns in der von euch anvisierten Woche anders einbringen, steht für uns derzeit noch offen.

Wir würden uns deshalb freuen, wenn ihr unsere Kritik und Anregungen ernst nehmt, uns über weitere Entwicklungen auf dem Laufenden haltet oder sogar auf die hier gestellten Fragen antwortet.

Euren Text gemeinsam diskutiert haben

Sarah (Bremen), Christoph (Berlin), Pragmatisch Antiautoritäre Gruppe (PAG) (Braunschweig) und eine autonome Gruppe aus Bremen.

# Naher Osten - Ferner Westen

## Der Israel / Palästina - Konflikt und die Linke in der BRD

*Der Text ist aus dem Jahr 2002 und damals in einigen linksradikalen Blättern erschienen.*

Wir sind eine Gruppe von Leuten aus verschiedenen Teilen der radikalen Linken. Die meisten ordnen sich dem autonomen Spektrum zu: einige sind aus dem Umfeld der Roten Flora, dem Anti-AKW-Widerstand, oder arbeiten bei anderen Projekten der sozialpolitischen Linken mit, andere sind seit einiger Zeit nicht mehr in festen Gruppen aktiv, sondern beteiligen sich aus ihrem privaten Umfeld heraus an wechselnden politischen Mobilisierungen. Einige von uns waren schon während der ersten Intifada oder auch schon davor an den Auseinandersetzungen zum Israel/Palästina-Konflikt beteiligt.

Einig sind wir uns in der Unzufriedenheit über die momentane innerlinke Diskussion zum Nahostkonflikt, die die Auseinandersetzung oft zu Glaubens- und Bekenntnisstandpunkten hat verkommen lassen und die sich in identitären Frontlinien von „pro-israelisch“ und „pro-palästinensisch“ bewegt. Wir wollen mit diesem Papier eine Diskussion anregen, die diese Denkstrukturen durchbricht und wollen einen Begriff von Solidarität entwickeln, der Bestandteil unserer Auseinandersetzung um eine gesellschaftliche Utopie ist.

»Solidarität mit Israel heißt nicht automatische Affirmation ihrer Regierungs- bzw. Militärpolitik. Es gibt Zeiten, in denen der radikale Protest gegen die israelische Politik sich als tiefste Solidaritätsbekundung mit Israelis und Palästinensern in diesem ihrem unseligen Konflikt erweisen mag. Eine solche Zeit ist die gegenwärtige« (Moshe Zuckermann<sup>1</sup>).

1 Moshe Zuckermann, Sohn von Auschwitz-Überlebenden, die 1948 nach Tel Aviv emigriert waren, wurde dort 1949 geboren. 1960 kehrten seine Eltern aus ökonomischen Gründen in die BRD zurück. Moshe Zuckermann lebte bis 1970 in Frankfurt/Main und zog dann wieder nach Israel. Heute ist er Direktor des Instituts für Deutsche Geschichte an der Universität Tel Aviv. Er hat unter anderem das Buch „Zweierlei Holocaust-Der Holocaust in den politischen Kulturen Israels und Deutschlands“ (Wallstein Verlag - 1998) herausgegeben.

### I. Die israelische Linke unter anti-deutschem Beschuss.

In der Forderung nach einer unbedingten Solidarität<sup>2</sup> mit dem Staat Israel findet ein solcher Beschuss als paternalistische und bevormundende Reaktion durch die antideutsche Linke statt. Denn die vermeintlichen Freunde Israels halten nichts von einer israelischen Friedensbewegung, die den Zionismus kritisiert, einen Staat Palästina anerkennen möchte und in Frieden und Ausgleich mit den PalästinenserInnen leben möchte.

In einem Flugblatt<sup>3</sup>, das im Eingangsbereich der Roten Flora während einer Podiumsveranstaltung mit drei jüdischen Israelis aus der Friedensbewegung verbreitet wurde, wurde beklagt, dass die Veranstaltungsreihe lediglich darstelle, was in den eigenen antizionistischen Kram passen würde, »natürlich auch den unvermeidlichen Uri Avnery, der sich nicht zu schade ist, im Zentralorgan des deutschen Antisemitismus, der „Jungen Welt“<sup>4</sup> zu schreiben. Mal abgesehen von der Unverfrorenheit, als Antideutsche Linke die jüdischen VertreterInnen aus Israel über ihre Kollaboration mit dem Antisemitismus aufklären zu wollen, ist vor allem das Zitat über Uri Avnery<sup>4</sup> entlarvend.

Uri Avnery und andere jüdische KritikerInnen israelischer Machtpolitik werden in Antideutschen Publikationen als Abweichler an der jüdischen Sache, die dem Antisemitismus das Wort reden sollen, denunziert. Eigener Antisemitismus wird bei Antideutschen hierbei nicht mehr wahrgenommen und wird schon durch die eigene politische Positionsbekundung ausgeschlossen. Wer gegen Antisemitismus ist, kann vor dieser Logik kein Antisemit sein. Gegen Antisemi-

tismus zu sein wird so lediglich zur Frage des Wollens, des Bekenntnisses gemacht und damit aus der historischen, gesellschaftlichen Dialektik gelöst. Es gibt aber keine einfachen Antworten, wir selbst sind Teil des Problems.

Ein Ausflug in die kritische Auseinandersetzung mit Sexismus und Rassismus wäre da angebracht. Wurde dort doch schon lange erkannt - zumindest in autonomen Zusammenhängen -, dass die Verneinung eigener Eingebundenheit in Unterdrückungsverhältnisse nur zu deren Fortbestand beiträgt.

Wer den Nahost-Konflikt für einseitige Parteinahme missbraucht, um sich vom Nationalsozialismus der Väter und Mütter reinzuwaschen, trägt zum Fortbestand des Konfliktes bei. Über einen äußeren Feind, von dem sich abgrenzt wird und den es zu bekämpfen gilt, werden eigene Antisemitismen nicht hinterfragt, sondern verleugnet. Wer seine Identität über den Konflikt bestimmt, für den würde die Beendigung des Konfliktes die eigene Zuordnung zur „guten Seite“ infragestellen. In einer solchen Weltsicht braucht die Antideutsche Linke paradoxerweise den Konflikt, die SelbstmordattäterInnen, die toten PalästinenserInnen und Israelis zur Aufrechterhaltung der eigenen politischen Identität.

### II. Antisemitismus in der Linken - zwischen „Anti-Zionismus“ und „Solidarität mit Israel“.

Im innerlinken Streit um Antisemitismus wird vielfach mit den Waffen der Zitaten-sammlung, Dokumenten der radikalen Linken und Interpretationen der politischen Praxis argumentiert. Das sieht gut aus, wirkt schlüssig und wissenschaftlich, ist aber oft nur ein oberflächliches Zitieren, das einer genaueren Analyse aus dem Weg geht. So bestimmt das gewünschte Ergebnis - die Abgrenzung, die eigene Identität - die Mittel, die für den Beweis herangezogen werden. Aber im Feld der politischen Positionierung ist es wichtig, die Subjektivität der politischen Herleitungsmechanismen - die eigene historische, gesellschaftliche Prägung - im Bewusstsein zu halten und sicher auch, dass die Sichtweise der Realität stets durch die eigene gesellschaftliche

2 „Die unparteiische Art, Partei zu ergreifen“ Flugblatt von „Einige Kommunisten und KommunistInnen“ (2002), s. Archiv der Sozialen Bewegung, Flora.

3 ebenda

4 Uri Avnery wurde 1923 in Beckum/Westfalen geboren. 1933 wanderte er mit seiner Familie nach Palästina aus. Er kämpfte 1948 auf Seiten Israels im Krieg, war mehrfach Mitglied der Knesset und gründete 1992 gemeinsam mit anderen die Gruppe Gush Shalom (israelischer Friedensblock).

Utopie geprägt ist. Ein von dem jeweiligen historischen und politischen Kontext losgelöstes Zitieren macht es z.B. erst möglich, aus einer politisch sicher problematischen, aber unserer Meinung nach nicht per se antisemitischen Boykottforderung israelischer Waren<sup>5</sup> ein „Kauft nicht bei Juden“ zu basteln, das direkt am Nationalsozialismus und Holocaust anknüpft. So entstehen Diskurse, die in ihrer Wirkung dem Holocaust die Unvergleichbarkeit, die Singularität entreissen, um ihn zur politischen Herleitung für konkrete politische Ziele einzusetzen. Wir halten es für einen verheerenden Umgang, wenn der sehr ernste Begriff des Antisemitismus nicht mehr zum Aufdecken von Gewalt, Herrschaftsstrukturen und Unterdrückungsverhältnissen verwendet, sondern zur Durchsetzung der eigenen politischen Position auf anderem Terrain leichtfertig eingesetzt wird. Wer z.B. eine antisemitische Inter-nationale von der Roten Flora bis zur extremen Rechten zeichnet, der zerredet politische Begriffe bis zur Unkenntlichkeit.<sup>6</sup>

Wir teilen die Einschätzung, dass es Antisemitismus auch in der Linken gab und gibt, und dies Genauigkeit bei der politischen Intervention und Sensibilität gegenüber eigenem Antisemitismus erfordert. Wir kritisieren aber eine Sichtweise, die aus der Auseinandersetzung um linken Antisemitismus wahlweise die Notwendigkeit zur uneingeschränkten Parteilichkeit mit dem Staat Israel oder eine politische Neutralitätsposition ableitet, die eine Nichtauseinandersetzung mit dem Konflikt meint.

Antisemitismus äußert sich für uns unter anderem in einer Sichtweise auf den Nahostkonflikt, die Israel lediglich als Konstrukt imperialistischer Interessen und als Bollwerk des Kapitalismus im arabischen Raum wahrnimmt. Denn ein solcher Blick blendet die antisemitische Geschichte in Europa und den Holocaust aus und reduziert Israel

zu einem Handlanger des Kapitalismus. Ausdruck des Antisemitismus ist für uns auch eine Schreibweise von manchen antiimperialistischen Palästinasolidaritätsgruppen, die in den achtziger Jahren Israel in Führungsstriche gesetzt hat, um diesen Staat als illegitimes Gebilde darzustellen, das kein Existenzrecht besitzt. Am schwerwiegendsten sind für uns jedoch Anschläge, die den israelischen Staat treffen sollten und jüdische Einrichtungen in Deutschland zum Ziel hatten. Hier wird nicht mehr zwischen der jüdischen Bevölkerung hier und dem Staat Israel dort differenziert. Hier wird eine völkische Zuordnung hergestellt, die in ihrem Antisemitismus an Weltverschwörungstheorien anknüpft.

Ein völlig anderes Beispiel für einen unzulässigen Umgang mit dem Konflikt sind Vergleiche vom deutschen Nationalsozialismus mit der israelischen Besatzung. Solche Vergleiche verbieten sich ohne wenn und aber, denn sie negieren die Einmaligkeit der industriellen Vernichtung und geplanten Ermordung aller Juden und Jüdinnen im Nationalsozialismus.

Eine genaue Auseinandersetzung vermischen wir in der Diskussion um Zionismus und Antisemitismus. Wer die zentralen Schriften der jüdischen Nationalbewegung studiert<sup>7</sup>, kommt nicht umhin zu bemerken, dass die Theorie des Zionismus von einem völkischen Nationalismus geprägt ist. Ein Widerspruch gegen diese politischen Werte ist geradezu zwingend. Kritik am Zionismus halten wir deshalb nicht per se für antisemitisch. Wenn sich eine solche Kritik allerdings in Begriffen wie „Antizionismus“ verfestigt und dieser dann als Kampfbegriff im politischen Reisegepäck mitgeführt wird, dann bietet diese Verkürzung Andockmöglichkeiten für antisemitische Propaganda. Eine generelle Gleichsetzung von Antisemitismus und Antizionismus lehnen wir aber ab, da auch dies eine Verkürzung herstellt, die wir für unzulässig halten. Wer die Kritik am Zionismus als Antisemitismus übersetzt, der verdrängt nicht zuletzt auch die antizionistischen europäischen JüdInnen der Jahrhundertwende und die heutige antizionistische israelische Linke aus dem Bewusstsein.

### III. Die Relativierung des Holocaust als ideologische Munition.

Die Entwicklung der letzten zehn Jahre ist die ungebrochen fortschreitende Relativierung des Holocaust als Munition für Kriegsbefürworter aller Seiten. Mal kreuzt Saddam Hussein als Hitler auf, mal ein Bin Laden und wahlweise Arafat und Sharon. Vor lauter Hitlers und drohendem Holocaust in der Welt verschwindet die Realität der industriellen Vernichtung von Menschen im Nationalsozialismus hinter den Interessen derer, die diese Vergleiche für ihre politischen Interessen funktionalisieren. Nicht nur amerikanische Präsidenten, deutsche Parteisprecher, orthodoxe JüdInnen oder fundamentalistische Muslime bemühen sich um diese Vergleiche, nein, auch die personifizierte Kritik an der „deutschen Identität“ - die Antideutschen - sind in diesem vielstimmigen Chor dabei, wenn der „Koran“ mit „Mein Kampf“ verglichen und ein neues drohendes Auschwitz an die Wand gemalt wird.

Moshe Zuckermann<sup>8</sup> spricht in diesem Zusammenhang von einer Ideologisierung und Instrumentalisierung des Andenkens. Im Zentrum steht nicht das Gedenken an die Opfer und die Aufklärung über den Holocaust, sondern das politische Einsetzen dieses Begriffes in der deutschen und israelischen Außenpolitik. In Deutschland personifiziert Joschka Fischer diesen Ansatz, wenn er Auschwitz, deutsche Auslandseinsätze, den „Kampf gegen den Terror“ und „Solidarität mit Israel“ verknüpft. Die Abwicklung deutscher Geschichte, die neue Rolle Deutschlands und militärische Interventionen in der Welt werden über Relativierung, die Aufhebung der historischen Unvergleichbarkeit des Holocaust begründet und durch konstruierte Parallelen zu heutigen Ereignissen legitimiert.

Eine Relativierung zum politischen Gebrauch findet nach Moshe Zuckermann jedoch auch in Israel statt, allerdings unter völlig anderen Vorzeichen. Moshe Zuckermann zitiert hierzu unter anderem den palästinensischen Knesset Abgeordneten Azmi Bishra<sup>9</sup>, der darauf hinweist, dass der Holocaust instrumentalisiert werde, um die israelische Besatzung zu legitimieren, und

5 Wir beziehen uns dabei auf die Kampagne, die Mitte der Achtzigerjahre von linksradikalen, kirchlichen und gewerkschaftlichen Gruppen in Anlehnung an den Südafrika-Boykott gestartet wurde und die ihren umstrittensten Ausdruck in einem Wandbild an der Hamburger Hafenstrasse fand.

6 Dieser Vergleich tauchte in „Der Anschlag und die Linken“ - einem antideutschen Flugblatt zu einer Veranstaltung, die im Hamburger Kölibri am 17.04.2002 stattfinden sollte, auf. Solche Schulter schlüsse werden aber auch von der Bahamas und auf antideutschen Plakaten vertreten.  
s. Archiv der Sozialen Bewegung, Flora.

7 z.B.: „Autoemanzipation“ von Leon Pinsker (1882); „Israels Heilung“ von Isaak Rülff (1883); „Der Judenstaat“ von Theodor Herzl (1895); „Revisionismus“ von Richard Lichtheim (1931); „Reden und Aufsätze (1906-36)“ von Chaim Weizmann.

8 s. Fußnote 1; vgl. Zuckermann - „Zweierlei Holocaust“, Nachwort ab S.165.

9 Moshe Zuckermann, „Zweierlei Holocaust“ (S.173), nach Azmi Bishra, „Die Araber und der Holocaust“ in Zmanim, Nr.55 (1995), S. 54 - 71 (hebräisch).

obgleich sich das verheerende Verbrechen in Europa zugetragen habe, habe die „Wiedergutmachung“ in Palästina stattgefunden.

Eine zentrale Streitfrage zum Holocaust ist neben der Frage um das „richtige“ Andenken an die Opfer und der Frage nach den TäterInnen, auch immer wieder die nach den daraus zu ziehenden Lehren. Diese Frage berührt das linke Wertesystem eines und einer jeden Einzelnen. Im Bewusstsein unserer Verantwortung zur deutschen Geschichte ziehen wir weder den Schluß, dass eine kritische Auseinandersetzung mit Israel unmöglich wäre, noch dass eine unhinterfragte Parteilergreifung für Israel notwendig oder gerechtfertigt ist.

Eine Lehre aus dem Holocaust ist, wie Felicia Langer<sup>10</sup> schreibt: »angesichts jeglichen Unrechts und Verbrechens nicht zu schweigen, sondern alle Formen von Rassismus und Antisemitismus zu bekämpfen und die Würde und Rechte der Menschen, wer auch immer sie sein mögen, zu verteidigen.«

Dem schließen wir uns an und wollen noch hinzufügen: und uns mit jeglichen Herrschaftsverhältnissen in den verschiedensten Ausprägungen und komplexen Vernetzungen wie Nationalismus, Patriarchat, Sexismus, soziale Normierungen und Kategorisierungen (wie z.B. nach Geschlecht, nach Fähigkeiten und Erscheinungen), wie Kapitalismus und Imperialismus, Neoliberalismus, kapitalistische Globalisierung und Weiteren, auseinanderzusetzen und sie zu bekämpfen - und zwar nicht nach dogmatischen und fundamentalistischen Rezepten, sondern stets in seiner gesellschaftlichen Widersprüchlichkeit.

Es geht uns nicht darum, die Legitimation und Eroberung von Macht zu unterstützen, sondern um deren Auflösung. Und Solidarität heißt für uns immer auch das Aufbrechen von inneren und äußeren Herrschaftsverhältnissen. Dazu ist es notwendig - stets und immer wieder neu -, eigene Begriffe von Recht und Legitimität, von Gewalt und Widerstand zu entwickeln.

Hieraus folgern wir unter anderem auch unser Verständnis für das Bestreben der jüdischen Bevölkerung nach einem sicheren

10 Felicia Langer, „Quo vadis Israel? Die neue Intifada der Palästinenser“, Lamuv Verlag, Göttingen, 2001.

Felicia Langer, in Polen geborene Jüdin, als Kind mit der Familie vor den Nazis geflohen, nach dem Krieg nach Israel ausgewandert. Mehr als 20 Jahre hat sie als Anwältin PalästinenserInnen juristisch verteidigt. Seit 1990 lebt sie in der BRD.

Staat und der palästinensischen Bevölkerung nach einem eigenen und sicheren Staat. Hieraus folgert aber auch unsere Kritik an der israelischen Besetzung des Westjordanlandes, des Gaza-Streifens und Ostjerusalems und an der Errichtung von Siedlungen auf palästinensischem Gebiet. Und wir folgern daraus nicht zuletzt unsere Kritik an den ideologischen Wurzeln dieser Besetzung und unser Bemühen um eine Zusammenarbeit mit linken, progressiven Kräften in Israel und Palästina.

#### IV. Der Zionismus - ein jüdisches Selbstbestimmungsmodell zwischen Kolonialismus und Befreiungsnationalismus.

In Denkstrukturen, die auf der Suche nach einer universellen Wahrheit sind, schließt sich Denken in Widersprüchen und Komplexität aus. Es wurde in der Vergangenheit zwar viel an Identitätspolitik und Freund-/Feind-Denken kritisiert, doch immer noch scheint es manchen linken Bewegungen nicht möglich zu sein, sich von vereinnahmender und vereinfachender Parteinahme zu lösen. Und so scheint diesen heute auch eine Kritik am Zionismus als unmöglich, da sie das Existenzrecht Israels angreifen würde und aus diesem Kontext heraus antisemitisch sei.

Historisch betrachtet war die zionistische Siedlungspolitik ein Unrecht.<sup>11</sup> Aus der konkreten Bedrohung durch den europäischen Antisemitismus erwuchs bei vielen JüdInnen seit Anfang des 19. Jahrhunderts der Wunsch nach nationaler Selbstbestimmung. Aus dieser Stimmung heraus wurde Ende des 19. Jahrhunderts Palästina als das „Land ohne Volk, für das Volk ohne Land“ betrachtet. Entsprechend der zweiten Teil noch der Realität vieler JüdInnen, so war der erste schlichtweg koloniales Wunschdenken. Dieses Denken war dabei beileibe keine zionistische Besonderheit. Es entsprach vielmehr der europäischen Auffassung um die Jahrhundertwende, dass der Kolonialismus ein notwendiger Schritt sei, um den Völkern Asiens und Afrikas die „Erungenschaften der Zivilisation“ näher zu bringen und die „brachliegenden“ Ländereien und Rohstoffe zu erschließen. Die positiven (und negativen) Elemente eines Befreiungsnationalismus wurden im Zionismus mit den destruktiven Elementen des europäischen Kolonialismus verknüpft.

Eine der Schlüsselfiguren der zionistischen Bewegung, Theodor Herzl, formulierte dies

11 s. auch Fußnote 17, Thesen von Uri Avnery.

ganz im Sinne der europäischen Nationalstaaten: »Für Europa würden wir dort ein Stück des Walles gegen Asien bilden, wir würden den Vorpostendienst der Kultur gegen die Barbarei besorgen.«<sup>12</sup> Ein westliches Verständnis von Zivilisation, das noch heute aktuell ist, wie es zum Beispiel im „Kampf der Zivilisation gegen den Terror“, in den Berichten über Afghanistan oder den Irak - wenn auch unter völlig anderen Vorzeichen - nach wie vor aufscheint.

Jedoch war der Zionismus kein einheitliches, schon gar nicht gesamtjüdisches Konzept. Weite Teile der JüdInnen lehnten einen jüdischen Nationalismus ab. Auch innerhalb der zionistischen Bewegung gab es unterschiedliche Strömungen. Auf Anregung von Arthur Ruppin<sup>13</sup> wurde z.B. 1926 der British Shalom Bund gegründet, der sich zum Ziel gesetzt hatte, die jüdisch-arabischen Beziehungen zu erforschen und das Verhältnis beider Gruppen zu verbessern.

Ausdrücklich lehnte Ruppin während des 16. zionistischen Kongresses 1929 in Zürich jedweden heemonialen Herrschaftsanspruch der Juden in Palästina ab: »Wir sollten uns freihalten von dem Irrtum, der ein Jahrhundert hindurch Europa beherrschte und zu der Katastrophe des Weltkrieges führte, dass in einem Staat nur eine Nationalität herrschen kann [ ... ] Wir wollen den Chauvinismus, den wir bei anderen Völkern hassen, auch bei uns bekämpfen.«<sup>14</sup> Zeitweise befürworteten zwar auch Personen wie David Ben Gurion<sup>15</sup> oder Chaim Weizmann<sup>16</sup> eine binationale Variante (ein

12 „Der Judenstaat“ - Theodor Herzl (1895).

13 Arthur Ruppin (geb. 1867 in Deutschland) war Soziologe und leitete ab 1908 das Eretz Israel Büro der Zionistischen Organisation in Jaffa, das für Landerwerb und den Aufbau von Siedlungen verantwortlich war. Ab 1926 lehrte Ruppin Soziologie der Juden an der Hebräischen Universität. Er half bei der Ansiedlung deutscher Einwanderer während des Aufstiegs des Nationalsozialismus. Er starb 1943 in Jerusalem.

14 Stenographisches Protokoll des Kongresses - zitiert nach „Zionismus - Texte zu seiner Entwicklung“ von Julius H.Schoeps; 2. überarbeitete Auflage (1983); ISBN 3-921695-85-6

15 David Ben Gurion; Geboren 1886 als D. Grün, gestorben 1973, israelischer Politiker polnischer Herkunft; Mitgründer und Führer der Mapai (1930-65); 1948-53 erster Ministerpräsident und Verteidigungsminister, 1955-63 wieder Ministerpräsident.

16 Chaim Weizmann; (1874-1952), israelischer Politiker; geb. in Weißrußland, 1918 leitete er die zionistische Palästina-Kommission, 1920-30 und 1935-46 Präsident der Zionistischen Weltorganisation. 1948-49 Präsident des provisorischen Staatsrats, seit Februar 1949, bis zu seinem Tode 1952, erster Staatspräsident Israels.

Staat, zwei Völker), durchsetzen konnten sich solche Konzepte jedoch nicht. Für große Teile der JüdInnen wurden diese Fragen spätestens mit Beginn des Nationalsozialismus in Deutschland nebensächlich. Die Pogromstimmung und anlaufende Massenvernichtung stärkte das Nationalgefühl, und gegen den Widerstand der britischen Besatzungsmacht wurde die Einwanderung nach Israel forciert. Um eine sofortige mögliche Zufluchtsstätte vor der Vernichtung zu schaffen, war Palästina eine der wenigen Möglichkeiten.

Eine friedliche Koexistenz mit dem arabischen Bevölkerungsteil schien vor diesem Hintergrund nicht mehr möglich und sämtliche Stimmen, die dies einforderten, verloren in der zionistischen Bewegung an Einfluss. Die Konsequenz bedeutete, dass die PalästinenserInnen zu den Leidtragenden einer Entwicklung wurden, die sie nicht zu verantworten hatten, denn der europäische Antisemitismus der Neuzeit ist die Ursache der zionistischen Bestrebungen gewesen. Der deutsche Antisemitismus hat diesen durch die angestrebte Endlösung zu einer Frage des Überlebens werden lassen.

Als Fazit bleibt für uns stehen, dass die Vertreibung der PalästinenserInnen ein Unrecht war, das durch den Holocaust zwar nachvollziehbar, aber als Ideologie und Praxis dennoch nicht als legitim betrachtet werden kann. Dies darf dennoch den heutigen Staat Israel nicht in Frage stellen. Denn es gilt für alle in Israel und Palästina, aus der Logik der Aufrechnung, des Opferzählens und des Anmeldens von Ansprüchen aus historischen Ereignissen auszubrechen und Verständigung zu suchen; die wahrscheinlich einzige Chance für einen gerechten Frieden, der nicht Totenstille meint.

Die Verbrechen Deutschlands und Europas werden durch dieses Ausbrechen aus der Logik der Aufrechnung im Nahostkonflikt keineswegs entschuldeter. Die Parole „kein Vergeben, kein Vergessen“ behält seine Gültigkeit. Die Erinnerung an den Holocaust und der Kampf gegen Antisemitismus und Faschismus behalten ihre Aktualität.

## V. Nationalstaaten als Voraussetzung zur Überwindung des Nationalismus.

Die Beschäftigung mit dem Nahostkonflikt ist nach wie vor ein politisches und persönliches Minenfeld. Die komplexe eigene Verwobenheit mit diesem Thema durch die deutsche Geschichte und eigenen Antise-

mitismus, Antisemitismus oder Rassismus macht eine Positionierung schwer. Zudem ist es kaum möglich, eine „richtige“ Seite einzunehmen. Wer es versucht, wird meist lediglich zum Protagonisten einer unbedingten Parteinahme mit den nationalen Strömungen in Israel oder in Palästina. Diese unbedingten Parteinahmen reproduzieren lediglich die dogmatisch / fundamentalistischen Strömungen des dortigen Konflikts - klammern die Widersprüche und kritischen Ansätze aus und tragen so lediglich zu einer diskursiven Eskalation des Konfliktes bei.

Als Vorschlag für eine Lösung des Konflikts hat Uri Avnery als Sprecher der israelischen Friedensorganisation Gush Shalom für diese 80 Thesen<sup>17</sup> in der israelischen Tageszeitung Ha`aretz veröffentlicht. Dort heißt es u.a.:

»Mit einem neuen Verständnis der Vergangenheit und der Gegenwart muss das neue Friedenslager einen Friedensplan erarbeiten, der auf folgenden Grundlagen beruht: Neben Israel wird ein unabhängiger und freier Palästinastaat gegründet. Die „Grüne Linie“<sup>18</sup> wird die Grenze zwischen den beiden Staaten. Mit Zustimmung beider Seiten ist ein begrenzter Gebietsaustausch möglich. Die israelischen Siedlungen auf dem Territorium des Palästinastaates werden geräumt. Die Grenze zwischen den beiden Staaten wird nach einer zwischen beiden Seiten vereinbarten Regelung für die Bewegung von Personen und Gütern offen sein. Jerusalem wird die Hauptstadt beider Staaten - West-Jerusalem die Hauptstadt Israels und Ost-Jerusalem die Hauptstadt Palästinas. [...] Israel wird prinzipiell das Recht der Palästinenser auf Rückkehr als ein unveräußerliches Menschenrecht anerkennen. Die praktische Lösung des Problems wird durch ein Abkommen erreicht, das auf gerechten, fairen und praktischen Erwägungen beruht und die Rückkehr auf das Gebiet des Staates Palästina, auf das Gebiet des Staates Israel und Entschädigungen einschließt.<sup>19</sup> Die Wasservorkommen werden gemeinsam kontrolliert und in einem gleichberechtigten und fairen Abkommen zugeteilt. Die Sicherheit beider Staaten wird in einem zweiseitigen Abkommen garantiert, das die spezifischen Sicherheitsinteressen Israels wie Palästinas berücksichtigt. Israel

17 „Israel und Palästina: 80 Thesen für ein neues Friedenslager. Ein Entwurf der israelischen Friedensorganisation Gush Shalom“, [www.friedensratschlag.de](http://www.friedensratschlag.de)

18 Grenze von 1967 (vor dem 6-Tage-Krieg).

19 „Das Recht auf Rückkehr“, Uri Avnery, aus: „Israel, die Palästinenser und wir“, Marxistische Blätter - Special, Juli/August 2001.

und Palästina werden mit andern Staaten der Region zusammenarbeiten, um eine Nahost-Gemeinschaft nach dem Modell der Europäischen Union zu errichten.« Diese Vorschläge bieten für uns einen Anknüpfungspunkt für die weitere Diskussion innerhalb der BRD-Linken zum Israel/Palästina Konflikt.

Die israelische Regierung ist für uns die derzeit entscheidende Kriegspartei, die einer Friedenslösung im Wege steht. Mit dem nach wie vor betriebenen Aufbau von neuen Siedlungen<sup>20</sup> und mit staatlich legitimierte Militäractionen, die mittels Todeslisten vermeintliche und tatsächliche Attentäter und Führungspersonen der verschiedenen Strömungen des palästinensischen Widerstandes ermorden, durch den Einmarsch in Flüchtlingslager und durch Massenverhaftungen der Zivilbevölkerung eskaliert diese Politik den Konflikt und macht den Konflikt zum Krieg. Auf der anderen Seite dieser Gewaltspirale stehen menschenverachtende Selbstmordattentate von PalästinenserInnen auf die jüdische Zivilbevölkerung, die für uns ebenfalls Verbrechen sind und die eine Friedenslösung immer schwieriger erscheinen lassen.

Der israelische Friedensblock Gush Shalom erklärte hierzu am 18.06.2002 nach einem neuen schweren Selbstmordanschlag: »Heute wurden weitere 19 Menschen auf dem sinnlosen Altar der andauernden Okkupation in der West Bank und dem Gaza-Streifen geopfert. Das Besatzerregime, welches seit 35 Jahren andauert - fast zwei Drittel der gesamten israelischen Geschichte -, ist der fruchtbare Boden aus Hass und Verzweiflung, auf welchem die Selbstmordattentäter gedeihen. Die andauernde Verweigerung von Grundrechten für die Bevölkerung der besetzten Gebiete, insgesamt dreieinhalb Millionen Menschen, treibt einige dieser Menschen zu abscheulichen Taten, dem beliebigen Töten von israelischen Zivilisten. Diese verurteilenswerten Taten spielen direkt in die Hände Sharons und der extremen Rechten. Bei aller Abscheulichkeit der Attentate, es ist sinnlos, diese mit militärischen Einsätzen beenden zu wollen, weder mit Bomben aus der Luft, noch mit Invasionen. (...) Nur eine Beendigung der Besatzung durch politische Entscheidungen, welche die Wünsche der Palästinenser berücksichtigen, können das Phänomen der Selbstmordattentate an der Wurzel bekämpfen und den

20 Während 1991 (z. Zt. des Oslo-Vertrags) etwa 90.000 israelische SiedlerInnen auf palästinensischem Territorium lebten, waren es im Jahr 2000 schon über 200.000.

jungen Palästinensern, aus deren Reihen die Attentäter angeworben werden, neue Hoffnung bringen.«<sup>21</sup> Die Bilder des bombardierten dichtbesiedelten Wohngebietes in Gaza-Stadt<sup>22</sup> sind ein Beispiel dafür, dass ein Kampf gegen SelbstmordattentäterInnen keine militärische Intervention legitimieren kann. Eine Friedenslösung wird nur über eine Abkehr der israelischen Politik der Stärke und Vergeltung führen. Die israelische und palästinensische Linke, gemeinsame Organisationen wie „Gush Shalom“, das „Komitee gegen Häuserzerstörungen“ oder das „Alternativ Information Center“ sind für uns ein positiver Bezugspunkt im Nahostkonflikt. Für die Linke hier gilt es, Kontakte zur undogmatischen palästinensischen und israelischen Linken und Friedensbewegung aufzubauen und diese zu unterstützen, deutsche Interessen im Konflikt anzugreifen und eine Diskussion über Möglichkeiten der Kritik und Solidarität zu entwickeln.<sup>23</sup> Wichtig ist auch, linke israelische und palästinensische WissenschaftlerInnen, Kulturschaffende aus Theater, Film, Medien, Literatur und Bildung wahrzunehmen, die auch die Sichtweise der jeweils „Anderen“ einbeziehen und ein kritisches Verhältnis zu Vergangenheit und Gegenwart entwickeln. Unterstützung und die Verbreitung von deren Projekten sind ein mögliches Beispiel für praktische Solidarität im Nahostkonflikt.

Eine Zusammenarbeit mit antisemitischen oder antiarabischen Gruppen lehnen wir ab. Das heißt z.B., wir werden nicht mit Organisationen, die Hamas, Dshihad al-Islami oder den Al Aksa Brigaden nahe stehen, auf die Straße gehen, um Israel zu kritisieren. Die durch den Holocaust geprägte Geschichte Deutschlands macht besondere Verantwortung und Wachsamkeit gegenüber

21 Presseerklärung von Gush Shalom vom 18.06.02 (übersetzt aus dem Englischen); Kontakt: [www.gush-shalom.org](http://www.gush-shalom.org), [info@gush-shalom.org](mailto:info@gush-shalom.org)

22 Bei einem israelischen Raketenanschlag am 25.07.02 auf Salah Shehada, den Militärführer der Hamas in Gaza, starben insgesamt 15 ZivilistInnen und über 100 wurden verletzt. Von Israels Premierminister Ariel Sharon wurde die Ermordung von Shehada dennoch als „großer Erfolg“ bezeichnet.

23 Z.B. Ilan Pappé, Dozent für Politikwissenschaft an der Haifa University u. Akademischer Direktor des Research Institute for Peace (Friedensforschungs-Institut) in Givat Haviva. Von ihm stammen zahlreiche Veröffentlichungen. Er hat die Theorie einer postzionistischen Gesellschaft in Israel mitentwickelt und ist einer der führenden new historians, die die herrschende israelische Geschichtsschreibung kritisieren. Unter anderem deshalb droht Pappé jetzt auf Betreiben der Universitätsleitung von Haifa die Entlassung und das Ende seiner akademischen Karriere.

Rassismus, Antisemitismus und Intoleranz erforderlich. Wir halten es aber gerade deshalb für notwendig, eigene Aktionsformen zu entwickeln, um den politischen Druck der undogmatischen linken Bewegungen in Israel und Palästina gegen die israelische Besatzung zu unterstützen. Für diesen Prozess ist es notwendig, eigene politische Standpunkte gegen die israelische Besatzung zu entwickeln und diese öffentlich zu vertreten. Für die Zusammenarbeit mit anderen Gruppen und Menschen sind für uns von zentraler Bedeutung: die Anerkennung des israelischen Staates, die Schaffung und Anerkennung eines palästinensischen Staates, die Anerkennung des Widerstandsrechtes der Palästinenser gegen die Besatzung, die Verurteilung von Gewalt gegen die Zivilbevölkerung in Israel und Palästina, die Verurteilung von Rassismus, Antisemitismus und Antisemitismus. Wir denken nicht, dass eine gemeinsame Friedenslösung relevanter, gesellschaftlicher Strömungen in Israel und Palästina der alleinige Schlüssel zur Beendigung des Konfliktes wäre. Zu viele regionale und globale Interessen spielen auf diesem Terrain eine Rolle. Die Entschlüsselung der vielfältigen Interessen bleibt eine Aufgabe für die weitere Auseinandersetzung. Uns geht es mit diesem Text darum, eine Perspektive aufzuzeigen, die Ausgangspunkte erklärt und politische Ziele formuliert, und die eine solche Auseinandersetzung möglich machen soll. Es ist notwendig, den Konflikt und mögliche Lösungen in ihrem historischen, gesellschaftlichen Kontext, und sich selbst als Teil des Problems zu begreifen. Dies bedeutet, Position zu beziehen gegen fundamentalistische und dogmatische Bevormundung, gegen Besserwisseri und Überheblichkeit, und gegen intellektuellen Kolonialismus, der Israelis und PalästinenserInnen sagen will, wo es lang geht. Eine wichtige Voraussetzung für die Zusammenarbeit hier in der BRD ist, dass es um die Menschen in Israel und Palästina geht und nicht um eine deutsche Geschichtsabwicklung und Vergangenheitsbewältigung à la Bahamas-Redaktion, Jürgen Möllemann oder Joschka Fischer. Keine Kritik an Unrecht hat Vergleiche nötig. Sie verwirren in der Regel den Blick und erleichtern es, von den eigentlichen Interessen abzulenken.

## VI. Israel und Palästina - das Ende differenter Lebensentwürfe?

Dürfen Deutsche Israel kritisieren? Können JüdInnen rassistisch sein? Sind unterdrückte Palästinenser im Widerstand antisemitisch? Jede vereinfachende Antwort auf solche

Fragen trägt den Geschmack der Heuchelei und Funktionalisierung für eigene Interessen in sich. Kritik ist Voraussetzung für Solidarität und gemeinsame Entwicklung. Ohne solche kritische Auseinandersetzung mit der israelischen Politik wird die deutsche Linke ihren Antisemitismus nicht überwinden, da sie sich fortwährend eine jüdische Identität als Projektion der Shoa konstruiert. Wer aber nicht den Menschen sieht, sondern nur die ihm zugeschriebene Rolle, die er zu erfüllen hat, reproduziert so den Antisemitismus, den er angeblich zu bekämpfen sucht.

Deutlich drückt sich dieses Verhältnis darin aus, wenn heute Kapitalismuskritik pauschal mit Antiamerikanismus und daraus folgernd mit Antisemitismus gleichgesetzt wird. Hier lebt der „ewige Jude“ fort, der angeblich als Vorstandsvorsitzender und Geldverleiher die Wirtschaft kontrollieren und nach der Weltmacht streben soll. Sicherlich gibt es auch politische Strömungen, die solche Bilder aufgreifen.<sup>24</sup> Der Rückschluss aber, Kritik an internationalen Konzernen, an Neoliberalismus und kapitalistischer Globalisierung greife diese Sichtweise per se auf, befreit das Denken nicht von antisemitischen Konstrukten, sondern lässt gerade diese als Abbildung weiter durchscheinen.

Seit Anfang der neunziger Jahre wird verstärkt um Begriffe wie Gender, Geschlechterkategorisierung, Queer oder überhaupt um die Rolle gesellschaftlicher Kategorisierung für Herrschaft, diskutiert. Bei diesen Begriffen geht es in erster Linie darum, aus bipolaren Denkkonzepten auszubrechen. Es werden Ansätze von Subjektivität gesucht, ohne in eine Identitätsfalle zu geraten. Es gibt nicht nur zwei Seiten einer Sache, sondern den Blick hinter diese konstruierten Zuordnungen. Der Diskurs um die oben genannten Begriffe findet sein Ende und seine Konterkarierung im Nahostkonflikt, wenn sich in Zuordnungen wie „die Juden“ und „die Palästinenser“ als einheitliche Kollektive versucht wird. Eigene Erfahrungen, Widersprüche und Utopien kommen nicht mehr vor, stattdessen werden Theorien abstrakt konstruiert und gegeneinandergestellt.

Wer schreibt denn noch über die Werte, Ängste und Hoffnungen, von israelischen und palästinensischen Jugendlichen, Transsexuellen, Schwulen/Lesben, oder undogmatischen Linken. In der derzeitigen Diskussion tauchen diese auseinanderstre-

24 Bekanntestes Beispiel aus der BRD dürfte der ehemalige linksradikale Horst Mahler sein, der heute als Funktionär der rechtsextremen NPD ein solches Bild entwirft.

# Gegen die Wand

## Thesen zur Krise der automobilen Gesellschaft

vom Klimaplenum Bremen

Die Industriestaaten haben in den letzten hundert Jahren einen ungebrochenen Motorisierungsboom erlebt. Binnen weniger Jahrzehnte wurden ihre Gesellschaften dem Auto angepasst. Eigenheimsiedlungen vor den Toren der Städte, Einkaufszentren mit riesigen Parkflächen auf der grünen Wiese, gigantische Straßenbauprojekte, die ohne Rücksicht auf Verluste durch die Landschaft getrieben werden und mit Autos verstopfte Städte: all dies steht für eine Gesellschaft, die darauf ausgerichtet ist, dass die Menschen das Auto benutzen. Mittlerweile nähert sich diese Entwicklung ihrem kritischen Punkt. Hierfür gibt es mehrere Gründe.

### Der Moloch

Die Mobilität via Kraftfahrzeug sperrt den Menschen in ein Hamsterrad: um Zeit zu sparen, setzt man sich ins Auto. Dafür muss die Verkehrsinfrastruktur bereitgestellt werden. Das führt nur dazu, dass die Wege länger werden, was die Zeiteinsparung wieder zunichte macht. Auch neue Straßen machen den Verkehr nicht flüssiger; sie ziehen nur noch mehr Autos an. Dies gilt für den Individualverkehr genauso wie für den Gütertransport. Der Moloch Verkehr frisst immer mehr Land und produziert dabei doch nur verstopfte Straßen.

### Ein globaler Alptraum

Der weltweite Siegeszug des automobilen „way of life“ untergräbt mittlerweile seine Grundlagen: Er war bislang nur einer Minderheit der Erdbevölkerung vorbehalten. Dies müsste so bleiben, damit er weiter funktionieren kann. Denn schließen sich immer mehr Menschen diesem Lebensstil an, so potenzieren sich seine negativen Folgen: Verteilungskonflikte ums Erdöl werden sich verschärfen, die Versiegelung ganzer Landstriche schreitet rapide voran, Abgasbelastungen und CO<sub>2</sub>-Emissionen wachsen an. Die Vision der „freien Fahrt für freie Bürger“ ist im globalen Maßstab ein

Fortsetzung von Seite 15

benden Lebensentwürfe nicht mehr auf. Auf die eine Seite wird Auschwitz gestellt - auf die andere Sabra und Schatila<sup>25</sup>. Dazwischen Juden und Araber nur noch als Objekte ihrer ethnischen und religiösen Geschichte. Funktionalisiert als Opfer, Kriegshelden und Märtyrer. Eingesetzt als Schachfiguren auf dem Schlachtfeld ideologischer Hegemonialbestrebungen. Eine Wahl scheint es vor diesem Hintergrund nicht zu geben, nur das Leben, Kämpfen und Sterben als Angehörige(r) des jüdischen oder palästinensischen Kollektivs.

Wir wollen sie aber nicht aufgeben, die Solidarität mit unseren GefährtenInnen, die an den Wahrheiten, den aufgezwängten Rollen und der Gegebenheit der politischen Verhältnisse zweifeln und sie zu verändern suchen. Wir wollen festhalten an der Solidarität mit denen, die diese Verhältnisse stören, die ausbrechen, die sich möglicherweise verirren, die Spuren in eine bessere Zukunft legen. An ihnen orientiert sich unser politisches Verhältnis, unser Wunsch nach Kommunikation und unser hedonistisches Bedürfnis nach Lebensfreude und Befreiung.

Hamburg, August 2002

<sup>25</sup> Zwei palästinensische Flüchtlingslager im Libanon, in denen 1982 mit Billigung des damaligen Verteidigungsministers und jetzigen israelischen Regierungschef Ariel Sharon Massaker durch libanesischen christliche Milizen stattfanden.

### Literaturliste:

- „Antideutsche Kriegsführung“, von W.W. auf indy-media germany, April 2002, [www.de.indymedia.org/2002/04/19843.shtml](http://www.de.indymedia.org/2002/04/19843.shtml) .
- „Linke zwischen Nebelkerzen“, Wildcat-Zirkular 63, April 2002, S. 20.
- „Zur Kritik der Antideutschen Linken“, Wildcat-Zirkular 63, April 2002, S. 32.
- „Weg von den Fahnen“, Jungle World, Nr. 25, 12.06.2002.
- „Es geht um Israel?“, incipito, Magazin für Neube-ginn, Leipzig, Nr. 1, Juli 2002.
- „Holocaust-Rezeption und der Israel-Palästina-Konflikt. Dokumentation eines Seminars mit Moshe Zuckermann, veranstaltet vom Informationszentrum 3. Welt und der Gruppe Sofa“, Freiburg, Juni 2002. Teilabdruck in Bremer Kassiber, Nr. 50, Juli/August 2002.
- „Israel und Palästina: 80 Thesen für ein neues Friedenslager, ein Entwurf der israelischen Friedensorganisation Gush Shalom“, [www.Friedensratschlag.de](http://www.Friedensratschlag.de) oder [www.gushshalom.org](http://www.gushshalom.org) , April 2001

### Weitere Textsammlungen im Internet:

- [www.antisemitismusstreit.tk](http://www.antisemitismusstreit.tk)  
<http://hagalil.com/GuShalom/>  
[www.alternativenews.org](http://www.alternativenews.org)  
[www.nadir.org](http://www.nadir.org)

- „Israel, die Palästinenser und wir“, Marxistische Blätter - Special, Juli/August 2001.
- „Quo vadis Israel? Die neue Intifada der Palästinenser“, Felicia Langer, Lamuv Verlag, Göttingen, 2001.

Alptraum. Eine Motorisierung im Stile der G8 Staaten würde, ausgedehnt auf weite Teile der Weltbevölkerung, lediglich den Planeten kollabieren lassen. Letztlich wird kein Weg daran vorbei führen, das Ende des bisherigen Automobilitätswahns einzuläuten – es sei denn, man ist bereit, sehenden Auges mit Vollgas gegen die Wand zu fahren. Diesen Unfall werden wir aber nicht mal im Mercedes überstehen.

### **Belehrungen sind fehl am Platze**

Die Doppelmoral der etablierten Industriestaaten springt ins Auge: der Verkauf von immer mehr Fahrzeugen in immer neuen Gegenden dieser Welt wird als Erfolg der eigenen Exportindustrie gefeiert und entsprechend politisch unterstützt. Andererseits werden die damit einhergehenden Umweltbelastungen in Staaten wie China oder Indien neuerdings nicht nur gegeißelt, sondern auch noch als Argument dafür angebracht, dass es ja nichts bringe, wenn man hierzulande Maßnahmen ergreife und den Verkehr reduziere. Dabei ist gerade Deutschland entgegen aller vollmundigen Erklärungen seiner Politikerinnen und Politiker keineswegs ein „ökologischer Vorreiter“. Die deutschen Autokonzerne haben jahrelang konsequent auf große Motoren gesetzt. Entsprechend ignorant und lächerlich sind alle Versuche, die Länder des globalen Südens darüber zu belehren, dass sie dieses oder jenes aus Gründen des Klimaschutzes besser bleiben lassen sollten. Tun sie doch nichts anderes als dem hiesigen Verständnis von gesellschaftlicher Entwicklung zu folgen.

„Sollen doch die Anderen anfangen!“ hört man allenthalben. Gemeint sind damit vor allem „die Chinesen“ und „die Inder“. Von Zahlen wird diese Forderung nicht gestützt. Denn von den im Jahr 2005 weltweit registrierten 640 Millionen Pkw konzentrierten sich 452 Millionen oder gut 70 Prozent auf

die Regionen Nordamerika, Europa, Japan, Australien und Neuseeland, in denen aber nur 17 Prozent der Menschheit leben. Etwas plastischer: In den vier deutschen Bundesländern Nordrhein-Westfalen, Bayern, Baden-Württemberg und Sachsen fuhren 2005 mehr Autos als in Indien und China zusammen.

### **Die Quadratur des Kreises**

Die Wirtschaft der Industrieländer ist wesentlich vom Kraftfahrzeug beeinflusst: Die Automobilindustrie war die Leitindustrie des 20. Jahrhunderts. Zusammen mit den rund um sie angesiedelten Branchen hängt in vielen Industriestaaten ein großer Teil der Arbeitsplätze und des gesellschaftlichen Wohlstandes am Auto. Dieses Entwicklungsmodell muss zwangsläufig in die Krise geraten, wenn das Öl weniger wird und der Kohlendioxidgehalt in der Atmosphäre zunimmt. Die gegenwärtige Autokrise lässt nur ahnen, was noch kommen wird. Vermeintliche Alternativen wie Elektroautos oder Agrotreibstoffe versuchen die Quadratur des Kreises. Denn das Elektroauto erfordert gigantische neue Kraftwerkwerkskapazitäten. Gleichzeitig weiß niemand, wie selbst der heute benötigte Strom umweltfreundlich erzeugt werden soll. Die Probleme werden also nicht gelöst, sondern nur verlagert. Ebenso verhält es sich mit dem sog. „Biosprit“. Um einen nennenswerten Teil des klassischen Sprits durch pflanzliche Treibstoffe zu ersetzen, wären riesige Landflächen erforderlich. Dafür müssen Urwälder gerodet und gleichzeitig die Lebensmittelproduktion eingeschränkt werden. Als Folge würde der eine Teil der Menschheit hungern dafür, dass der andere weiter Gas geben kann.

### **Von der Leit- zur Problemindustrie**

Wir sollten uns nicht täuschen. Auch wenn Treibstoffe derzeit billig sind wie seit Jahren nicht mehr und der Neuwagenkauf staatlich

subventioniert wird, längerfristig werden die Kosten für Lebenshaltung und Energie wieder steigen. Gleichzeitig führen neoliberale Einkommensenkungen dazu, dass viele Menschen immer weniger Geld in der Tasche haben. Die automobilen Gesellschaft wird dann auch zur finanziellen Sackgasse. Das Auto wird zu teuer, während gleichzeitig viele gesellschaftliche Strukturen darauf ausgerichtet sind. Wer das ignoriert, drückt sich um die Antwort auf die entscheidende Frage: Welche Alternativen bieten sich für eine Gesellschaft, die auf dem fossilen Kapitalismus beharrt und mit heller Flamme den eigenen Ast verbrennt? Realitätsverweigerung ist in den Zeiten der „Finanzkrise“ jedenfalls das Programm der politischen Verantwortlichen. Zerbrechen sie sich doch ausschließlich den Kopf darüber, wie man der Automobilindustrie beim Verkauf ihrer teuren Spritfresser durch Steuergeschenke unter die Arme greifen könnte.

### **Das Ende als Chance**

Wer ohne Rücksicht auf Verluste Gas gibt, wem es egal ist, was er oder sie durch den Auspuff bläst, für all diejenigen ist das Ende des Automobilitätswahns natürlich keine erfreuliche Vision. Für alle anderen bietet sich aber eine Chance, wenn der Moloch Autoverkehr zurückgedrängt wird. Die Lebensqualität steigt. Die Menschen vergeuden weniger Zeit auf verstopften Straßen oder bei der Parkplatzsuche. Das Leben in den Städten wird ruhiger und entspannter. Die Gesamtkosten werden geringer, das Leben insgesamt weniger hektisch. Die Orte des Wohnens, des Einkaufens und der Arbeit rücken wieder enger zusammen, wenn die gesellschaftlichen Strukturen nicht mehr daran ausgerichtet sind, dass die Menschen überwiegend das Auto benutzen. Gefragt sind Phantasie, Kreativität und der gemeinsame Wille, etwas zu verändern. Dann ist das Ende der autogerechten Gesellschaft nicht nur Vision, sondern reale Möglichkeit.

# Der Schlüssel liegt unterm Blumentopf

## Das GW3, universitäre Zwänge und Freiräume

von noch einer autonomen Gruppe aus Bremen

17. Juni 2009 (bisherige westliche, fälschlicherweise auch „irdische“ Zeitrechnung) Die Sonne meint es gut; was sollte sie auch sonst tun. Wir sind schließlich in Bremen und nicht in der Sahara. Weit und breit ist keine Wolke in Sicht und das Mittagswetter pendelt sich bei 27°C ein. Auf der Wiese vor dem Mensasee treibt sich das bunte Leben herum. Neben dem farbigen Holzpalast sitzen, stehen, liegen ein Haufen Menschen, sowie Otto und Benjamin Blümchen im Gras und in Hängematten. Eine sich vor Lachen kringelnde Horde fällt von einem großen, grünen Sofa, wodurch die Gruppe daneben kurzweilig irritiert aus ihrer politischen Diskussion gerissen wird.

Dies ist gar nicht so einfach, da der Ball der Fußballchaoten ununterbrochen in ihre Richtung fliegt. Ab und zu schweben große und kleine Seifenblasen durch die Luft und zerplatzen an den Sonnenblumen. Die dösende Mehrheit wird von der VolkKüche aus den Tagträumen gerissen, welche ohne lange Schlangen Salat, Kartoffeln und Gemüsefrikadellen verteilt. Zum Nachttisch gibt

es Kuchen und Brombeeren aus dem letzten verbliebenen und deshalb unbeirrt verteidigten Stück Uniwildnis nebenan. Wer sich danach nicht wieder seinen Diskussionen, dem Spielen, Abwaschen hingibt, döst ein wenig im Schatten der Bäume oder liest (was aber mehr oder weniger auf's Selbe hinausläuft). Anderen ist das wiederum viel zu langweilig: Irgendwer nimmt Anlauf und schwingt sich mit dem dazu passenden Tarzan-Schrei an einem Seil über den Mensasee und kracht platschend ins Wasser, was die Boote auf dem See in bedrohliche Schiefelage bringt.

Als sich die Sonne anschickt gegen Westen zu verduften, werden die ersten Lampions angezündet, der Grill vorbereitet und Holz fürs Lagerfeuer gesucht, was bald darauf in den sommerlichen Abendhimmel flammt. Leider spielt irgendwer dazu Gitarre und meint auch noch singen zu müssen. Andere erzählen Geschichten, den Soundtrack hierzu liefern die Grillen. Doch langsam entschwindet alles was bunt, fröhlich, ernst und lebendig war im Dunkeln. Was zurückbleibt ist nur noch Beton, kalte Hörsaale

mit nackten, harten Stühlen; dazu Stress, Oberflächlichkeiten, Methoden ohne Inhalte und Inhalte ohne Menschlichkeit (was auch immer das bedeutet), Angst, Krankheit und das Gefühl von Leere, obwohl mensch sich diesen Scheiß jeden Tag von neuen reinwürgt. Wann übergeben wir uns endlich?

### Szenenwechsel

Im Frühjahr 2004, einige Monate nach dem letzten Streik den die Uni Bremen erlebte, bauten Studierende eine Holzhütte: „Aus Raumnot entstanden, um Protestzeichen zu setzen und Wünsche zu verwirklichen.“ Das GW3 war geboren. Vielseitige Aktivitäten, wie allgemeine Info- und Bildungsveranstaltungen, Treffen studentischer Gruppen oder einfach nur Grillnachmittage und -abende entstanden um die kleine, bunte Hütte herum.

Doch vier Jahre nach dem Bau stand dem lustigen Treiben ein jähes Ende bevor. Da die Uni bzw. das Land kein Geld für mehr Professuren oder Vorlesungssäle hatten, sahen sie sich gezwungen ein weiteres



nutzloses Prestigeobjekt zu errichten: die Glashalle 2.0, für das luftig leere Hirn von morgen, vor dem zugegeben hässlichen MZH. Für die Bauarbeiten wurde jedoch die kleine grüne Wiese, auf dem das GW3 stand, benötigt und der Abriß des GW3 mit in Kauf genommen. Den Bauherren war das „illegale Gebäude“ reichlich egal. Uns und anderen aber nicht! Deshalb setzten im Sommer 2008 eine Handvoll Studierende das GW3 auf die andere Seite der Straße, an den Mensasee. Da steht es eh viel schöner.

### Szenenwechsel

Wir brauchen mehr Freiräume. Räume frei von Institutionen, Regierungen, Parteien, Rektoraten, Professoren und anderen Menschen, die uns unseren Alltag vorschreiben wollen. Räume, wo es um uns und unsere Bedürfnisse geht. Schlicht gesagt: Räume, wo unser Leben im Mittelpunkt steht.

Nichts neues? Stimmt. Als die Universität Bremen gegründet wurde, hatte sie mal den Anspruch nicht so angepasst, obrigkeitstreu und Rückgrat brechend zu sein. Dieser Anspruch ging -gewollt oder nicht- praktisch mit einer Struktur einher, die darauf angelegt war sich Freiräume zu erarbeiten. Diese Struktur wurde immer weiter eingestampft und von den Möglichkeiten, sein Leben und Studium an der Uni selbst zu gestalten, ist so gut wie nichts mehr übrig. So ist die kurze Geschichte der Uni Bremen geprägt durch zahlreiche Abwehrkämpfe um konkrete Freiräume, meistens jedoch gegen Strukturreformen und Hierarchien, die die Möglichkeiten um solche Freiräume einschränken, zurückdrängen oder vernichten. Jüngste Beispiele hierfür sind die Proteste gegen BA/MA und die damit zusammenhängenden Studiengang“reformen“, gegen Studien- und Verwaltungsgebühren

und gegen Haushaltskürzungen (in Bremen gegen den HEP V). Wenn wir die Bilanz aus den letzten dreißig Jahren ziehen wollten, so stünden wir auf verlorenem Posten. Die großen Aufbrüche und die anschließenden Abwehrkämpfe scheinen aus einer solchen Perspektive verloren und, weitergehend, scheinen jene es nicht geschafft zu haben, eine längerfristige Gegenstruktur zu schaffen (nicht, dass so etwas nicht versucht wurde).

Was tun, um nicht zu ersticken, nicht unterzugehen? Wir dürfen unsere Energie nicht nur für Abwehrkämpfe aufbringen, welche zwar unabdingbar sind, aber auf lange Sicht keine positive Perspektive bringen. Es bringt zum Beispiel nichts, nur gegen Bachelor/Master zu sein, da das alte Diplom/Magister-System ebenfalls unseren Bedürfnissen nach einem selbstbestimmten Leben nicht genügt. Neue Alternativen müssen aufgetan werden.

Das GW3 ist ein Versuch, uns den ganzen zwanghaften Strukturen in unserem Alltag an der Uni entgegenzustellen. Wir warten nicht bis irgendwer irgendwann für uns unser Leben und unseren Studienalltag in die Hand nimmt, sondern wir tun es selber. Die Uni, in die wir uns tagtäglich begeben, gleicht eher einer Fabrik als einem Lernort. Aber trägt der Lernort nicht schon strukturell die Fabrik in sich? Gerade weil wir im Moment die meiste Zeit unseres Lebens hier verbringen, sollten wir die Uni nicht als Fabrik/Lernort begreifen, sondern als Lebensort. Wir wollen nicht nur eine Uni zum Selbermachen -also nicht nur selbstorganisierte Seminare-, sondern mit dem GW3 auch eine Gegenrealität zum Unialltag schaffen. Das ist unsere konkrete Utopie: einen Ort zu schaffen, der als Ruhepol, Infopunkt und

Raum für Treffen, selbstorganisierte Seminare, eigene Gedanken und Ideen dient. Es ist ein Ort, offen für alle die Lust haben etwas zu machen. Ein Ort, an dem sich Menschen und Gruppen treffen können, um Pläne und Ziele zu verwirklichen.

Geht das auch konkreter? Mit Beginn des Frühlings wollen wir das GW3 öffnen, um den Ort wieder mit Leben zu füllen. Wie wäre es mit gemütlichen Sofas auf der Mensaseewiese, oder mit Hängematten, einem Sonnensegel, einer Schaukel am See...? Einige politische Veranstaltungen sind schon geplant, aber auch Lese- und Filmabende, Minikonzerte und sonstige Musikbeschallungen bis hin zu „Strandpartys“, Vokü 1), Lagerfeuer und Grillen können entstehen. Das alles sind Anlässe um Zusammenkommen, neue Kontakte zu knüpfen und viele neue Schandtaten zu planen. Das GW3 soll dafür Raum geben.

Damit das alles kein Hirngespinnst bleibt, müssen Zeit und Raum nicht nur genutzt, sondern auch selber gestaltet und organisiert werden. Deshalb ergeht hier der Aufruf an alle, denen der universitäre Alltag zum Hals raushängt, das GW3 als Freiraum aktiv mitzugestalten: sich z.B. an einer Vokü-Gruppe<sup>1</sup>) zu beteiligen, Nachmittage und Abende auf die verschiedenste Weise mit Inhalt zu füllen (einen Film zeigen, einen Leseabend machen oder einfach Holz für ein Lagerfeuer organisieren) oder Gruppentreffen hier zu machen. Der Schlüssel liegt unterm Blumentopf..

Für den Blumentopf, für Anregungen, Nachfragen, sarkastische Beschimpfungen und ähnliches: gw3@allesfüralle.de  
Ansonsten haltet Augen und Ohren offen, oder schaut ab und zu am GW3 vorbei.

# Mobilität für Alle

## Der „Bremer Umsonstfahrttag“

Mobilität ist wichtig. Bereits der Zwang zur Arbeit beinhaltet auch den Zwang zur Mobilität: Wer hat schon das „Glück“, einen Arbeitsplatz in unmittelbarer Nähe der eigenen Wohnung zu finden? Wer kann den Arbeitsplatz wählen nach Erreichbarkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln und kurzer Fahrzeit? Oder andersrum, wer will neben eine Fabrikanlage oder in ein Gewerbegebiet ziehen? Auch führt die von Seiten der Politik und von wirtschaftlichen Lobbygruppen unaufhörlich geforderte Flexibilität dazu, dass auf dem Arbeitsmarkt viele Menschen einem verschärften Mobilitätswang ausgesetzt sind. Das Arbeitsamt verlangt von Arbeitssuchenden, tägliche Arbeitswege von bis zu 3 Stunden zu akzeptieren. Wer sich

dieser Zwangsmobilität verweigert, kassiert postwendend eine 12-wöchige Sperre der Leistungsbezüge.

Marktideologie statt sozialer Verkehrspolitik. Verkehrspolitik wird noch immer für das Auto gemacht. Gleichzeitig folgt sie bei den öffentlichen Verkehrsmitteln weitgehend der Marktideologie. Städte verscherbeln ihr gesamtes Nahverkehrssystem – sprich: das gemeinsame Eigentum Aller – an windige Finanzinvestoren, um den Fahrzeugpark dann für teures Geld zurück zu leasen. Das mag der FDP gefallen, für uns ist es Irrsinn.

Ein anderes Beispiel ist der Versuch, die Deutsche Bahn an die Börse zu bringen.

### vom Klimaplenum Bremen

Damit wird die Chance, über die Bahn eine soziale und ökologische Verkehrspolitik zu betreiben, verspielt. Nicht die Profitmaximierung von Anteilseignern und Bahn-Vorständen muss das Ziel sein, sondern Mobilität für Alle. Der Trend geht aber in die entgegengesetzte Richtung: Über die Form der Mobilität entscheidet der Geldbeutel. So ist auf Fernstrecken die freie Wahl von Reisezeit und -ziel nur mit den enorm teuren Normalpreis-Tickets möglich – die bunte Welt der Werbung ist wie immer eine Welt der Lüge: für 29 € durch ganz Deutschland können nur die fahren, denen es egal sein kann, wann sie ankommen.

### Bahnfahren ist noch teurer geworden als Autofahren

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes verteuerte sich das Bahnfahren vom Jahr 2000 bis 2008 im Fernverkehr um 27%. Fürs Autofahren mussten 25,2% mehr hingelegt werden. Im öffentlichen Personennahverkehr stiegen die Preise laut Bundesamt seit 2000 sogar um 36,3%, also mehr als doppelt so stark wie die durchschnittlichen Verbraucherpreise (15,6%).

### Prestige statt Bedarf

Die Deutsche Bahn hat in den letzten Jahren entlang einiger weniger Transitstrecken auf Hochgeschwindigkeitszüge gesetzt und Milliarden in prestigeträchtige Verbindungen zwischen den „Metropolen“ investiert. Ob dieses Geld sinnvoll ausgegeben wurde, darf bezweifelt werden. Denn der weitaus größte Teil der DB-Reisenden fährt nicht im Fernverkehr. So waren im ersten Halbjahr 2008 nur 6% der Reisenden (59 Millionen) in Fernzügen unterwegs, der Rest im DB-Nahverkehr. Die Gesamtzahl der Fahrgäste im öffentlichen Nahverkehr lag im ersten Halbjahr 2008 bei knapp 5,2 Milliarden. Der Anteil der „öffentlich“ Reisenden, die im mit Milliarden aufgepumpten Hochgeschwindigkeitsverkehr der DB unterwegs waren, betrug also gerade mal 1,1%. Für einen qualitativ hochwertigen öffentlichen Verkehr spielt der ICE somit keine Rolle. Wirklich wichtig ist, dass Regionen nicht durch Streckenstilllegungen oder ausgedünnte Fahrpläne vom Verkehrsnetz der Bahn abgehängt werden. Es geht darum,

**BUSSE UND BAHNEN  
GRATIS NUTZEN –  
FÜR ALLE SO RICHTIG  
BEQUEM !**

**»ALLE FAHREN BOG!«**

**DEM KLIMA ZU LIEBE**



**BSAG**  
Alles o.K.

**BOG**  
BEQUEM OHNE GELD

dass Verbindungen attraktiv sind, Busse und Bahnen häufig genug fahren und aufeinander abgestimmt sind.

### Bremer kommen immer gut an?

Wer in abseits gelegene Gewerbegebiete muss, wer nicht immer am gleichen Ort arbeitet oder in wechselnden Schichten, wer früh morgens anfängt oder bis zu 30 km zur Arbeit fährt, wird wahrscheinlich auf Bus & Bahn verzichten: Einmal umsteigen oder quer zur Hauptstrecke fahren und schon ist Zeit und Geduld angesagt. Hinzu kommt, dass sich die Fahrt-Intervalle in erster Linie nach den Arbeits- und Schulzeiten richten. Wer außerhalb der Hauptzeiten oder abseits der Hauptstrecken fährt, muss lange warten und / oder akribisch planen. Wer meint da noch „immer gut anzukommen“? Mit anderen Worten: Von den rund 18 Millionen Berufspendlern benutzt die Mehrheit das Auto sicherlich nicht allein aus „Bequemlichkeit“, sondern weil Alternativen fehlen.

### Klimawandel und Verkehr – Alles läuft verkehrt

Der Klimawandel scheint für die Verkehrspolitik hierzulande entgegen allen Sonntagsreden überhaupt keine Rolle zu spielen. Stattdessen werden Klimaziele aufgeweicht, um der Autoindustrie weiter hohe Gewinne zu garantieren. Zusätzlicher Straßenbau ist ebenso Teil des im Januar 2009 beschlossenen Konjunkturprogramms wie die Abwrackprämie zur Ankurbelung des Neuwagenkaufs. Der Bundesverkehrswegeplan geht von einer bis zu 70%igen Steigerung des LKW-Verkehrs in Deutschland aus. In der internationalen Transportkette spielt Deutschland als Exportweltmeister und als Transitland eine wichtige Rolle und geht perspektivisch an seinem Logistikverkehr zugrunde. Aktuell sieht es so aus, als würde uns einzig die im Zuge der „Finanzkrise“ folgende Rezession im wahrsten Sinne des Wortes ein wenig Luft verschaffen, weil die Warenströme kurzfristig zurückgehen werden.

Um wenigstens die dramatischsten Verkehrszusammenbrüche der Zukunft in den Griff zu bekommen, sollen allorts Straßen neu- oder ausgebaut werden. Parallel dazu wird die Landschaft weiter zersiedelt und die Natur zerstört und die „infrastrukturelle Industrialisierung“ vorangetrieben. Kritik von Anwohnerinnen und Anwohnern, Landwirten und Naturschutzverbänden wird dabei überhört. Schließlich werden hier die Interessen großer „global player“ aus der Automobilindustrie und der Logistikbranche (wie Eurogate, BLG, HHLA) bedient. In

## NOCH FRAGEN ZU BOG?

### WAS IST BOG?

BOG ist das Ticket, mit dem Sie ganz entspannt umsonst fahren.

### WAS KOSTET BOG?

Das BOG-Ticket kostet Sie nichts und spart bei jeder Fahrt Geld.

### WIE ZAHLE ICH MIT BOG IM FAHRZEUG?

Mit BOG brauchen Sie bei Fahrtantritt gar nicht zu bezahlen. Auch von Ihrem Konto werden später keine Fahrten abgebucht.

### KANN MIT MEINEM BOG-TICKET NOCH JEMAND MITFAHREN?

Und ob! Sie können so viele Menschen mitnehmen wie Sie möchten. Das BOG-Ticket ist außerdem grenzenlos übertragbar.

Unser 24h-Kundentelefon:

01805-826 826 (14 Ct./Min. aus deut. Festnetz)



**BSAG**  
Alles o.K.

[www.klimaplenumbremen.blogger.de](http://www.klimaplenumbremen.blogger.de)

**BOG**  
BEQUEM OHNE GELD

Norddeutschland wird diese Entwicklung vor allem für den Anschluss der Häfen Bedeutung haben: Stichworte sind z. B. der Ausbau der A 1, Bau der „Küstenautobahn“, Wesertunnel in Bremen-Hasenbüren, Elbtunnel bei Stade.

Während von offizieller Seite weiterhin unverdrossen die Ausweitung des Straßenverkehrs propagiert wird, ist die Zeit gekommen gegenzusteuern. Denn dies sind auch „unsere Stadt“ und „unsere Region“. Es geht darum wie wir hier in Zukunft leben wollen – und im Hinblick auf den Klimawandel leben können. Das heißt nicht zuletzt, die großwahnsinnigen Verkehrsprojekte zum Scheitern zu bringen.

### Das Sozialticket als Lösung ?

Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) hat in den letzten acht Jahren eine wahre Fahrpreisexplosion erlebt. Im Bundesdurchschnitt stiegen die Ticketkosten um 36,3%. Die hohen Preise führen dazu, dass Hartz IV-Bezieherinnen und Bezieher weitgehend

aus dem ÖPNV ausgeschlossen sind. Gerade einmal knapp 7 € sind im monatlichen Regelsatz für Fahrten im ÖPNV vorgesehen – da kann der Mensch faktisch nur ohne Ticket fahren oder gleich zuhause bleiben. Hier greift aber auch die Idee eines Bremer „Sozialtickets“ für geplante 29 € pro Monat zu kurz. Es würde einen ungehinderten Zugang zum ÖPNV ja nur dann ermöglichen, wenn die Hartz IV Bezieherinnen und Bezieher dafür nicht mehr bezahlen müssten als im Regelsatz vorgesehen. Da dies nicht der Fall ist, müssen die Ausgaben für das „Sozialticket“ an anderer Stelle des ohnehin zu schmalen Budgets eingespart werden.

Gleichzeitig können sich Menschen in schlecht bezahlten und prekarierten Jobs, von denen es immer mehr gibt, den Weg zur Arbeit kaum leisten. Sie würden von einem Sozialticket wohl kaum profitieren. Monatskarten zwischen 35 und 52 € im Stadtgebiet Bremen sind nur auf dem ersten Blick „günstig“, wer weiter „draußen“ wohnt, muss sogar noch einiges mehr berappen. Für den

weiteren Ausbau des BSAG Liniennetzes sind nach Meldungen der örtlichen Presse jährliche Fahrpreiserhöhungen bereits fest eingeplant. Gleichzeitig findet die Bremer Politik, dass die Bremer Monatskarte zu „billig“ sei, und fordert deshalb eine drastische Anhebung der Preise.

### Der Bremer Umsonstfahrttag

Die Alternative zu immer mehr Autoverkehr heißt öffentlicher Verkehr sowohl im Nahbereich als auch im Fernverkehr. Und zwar öffentlicher Verkehr, den sich alle leisten können. Denn Mobilität ist für uns nicht nur Zwang, sondern auch ein Grundrecht, das ausnahmslos allen Menschen zusteht. Bisher ist wenig bis gar nichts in dieser Richtung passiert. Da den politisch Verantwortlichen im Zeichen der „Krise“ nichts anderes einfällt, als weiter die Autoindustrie zu pöppeln, ist es an der Zeit, eigene Akzente zu setzen. Jede/r kann etwas gegen den Klimawandel unternehmen. Dabei wird es nicht ausreichen, nur den eigenen Lebensstil zu optimieren. Wenn wir nicht gleichzeitig versuchen, den unmittelbar Verantwortlichen, den Nutznießern und Profiteuren des „Weiter so“, das Heft aus der Hand zu nehmen, werden individuelle Handlungsmöglichkeiten äußerst beschränkt bleiben.

In diesem Sinne laden wir ein zum „Bremer Umsonstfahrttag“. Am 16. Mai 2009 werden wir alle Busse und Bahnen in Bremen kostenfrei benutzen.

Der Umsonstfahrttag soll ein Zeichen setzen für öffentlichen Verkehr, den sich Alle leisten können. Er soll anprangern, dass ausgerechnet die Preise für den öffentlichen Verkehr, insbesondere den Nahverkehr, in den letzten Jahren überdurchschnittlich stark gestiegen sind. Er soll ein Symbol sein für eine andere Verkehrspolitik, weg von der Automobilität hin zu einem menschen- und umweltfreundlicheren Verkehrssystem. Und er soll zeigen, dass wir ausgetretene Pfade verlassen müssen, um endlich auf den Klimawandel zu reagieren.

Und wie wird das praktisch aussehen? Wie funktioniert der Umsonstfahrttag eigentlich? Ab 11.00 Uhr werden an der Domsheide mobile und gut erkennbare Infopunkte unterwegs sein. Dort könnt ihr euch erstens in 5er, 10er oder 20er Gruppen zusammenschließen, um sodann eine Straßenbahn oder einen Bus eurer Wahl umsonst zu besteigen. Zweitens gibt es an den Infopunkten diverse Flugblätter und anderes Infomaterial, welche ihr in den öffentlichen Verkehrsmitteln verteilen und

worüber ihr mit den übrigen Fahrgästen diskutieren könnt. Drittens zirkulieren an den Infopunkten Tips & aktuelle Infos, auch dazu, was sonst noch möglich ist: Zum Beispiel Kontrolleure suchen und begleiten („Catch the catcher“) oder euch ergänzend zu einer „Critical Mass“ per Fahrrad aufzumachen. Viertens erfahrt ihr an den Infopunkten den Ort für unsere Zwischenkundgebung (inklusive Volksküche), wo sich möglichst viele einfinden sollten, um über ihre Erfahrungen zu berichten.

Im Übrigen wird der EA (eine Art Notfallnummer) zwischen 11 und 18 Uhr erreichbar sein. Sollte es im Zuge des Umsonstfahrtages zu erhöhten Beförderungsgebühren oder gar Strafverfahren kommen, werden wir damit – wie sonst auch – kollektiv und solidarisch umgehen. Es gibt allerdings keinen Topf, aus dem lauter 40-Euro-Tickets beglichen werden könnten! Und noch etwas: Wenn ihr beim Einsteigen gegenüber dem bzw. der FahrerIn unmissverständlich darauf hinweist, dass ihr umsonst fahrt, erhöht das die Wahrscheinlichkeit, dass ihr später nicht wegen so genannter Beförderungerschleichung belangt werden könnt (aber das müsst ihr selbst entscheiden, ob ihr das wollt).

**Bremer Umsonstfahrttag am 16 Mai 2009:**

**Start: ab 11 Uhr Domsheide**

**Zwischenkundgebung: ab 15 Uhr Innenstadt**

**An diesem Tag werden alle Busse und Bahnen in Bremen kostenfrei benutzt!**

**Einsteigen und mitfahren!**

 **BSAG** Kreuz und quer durch die Stadt ... umsonst

# Kritische Lehrer\_innen Berlin

von Christoph aus Berlin

Eigentlich wollte ich an dieser Stelle gerne berichten, dass sich die Kritischen Lehrer\_innen aus Berlin nach eingehender Diskussion dem Selbstverständnis der Vernetzenden Organisation angeschlossen haben. Leider konnte es dazu in letzter Zeit nicht kommen. Wir KriLen befinden uns gerade in einem Umbruch. Wir leiden möglicherweise daran, dass unser Konzept erfolgreich war. Viele Kritische Lehrerinnen wirken an vielen verschiedenen Stellen gleichzeitig. Das regelmäßige Plenum, in dem wir solche Diskussionen geführt und herrschaftskritische Reflexionen unserer Zukunft gepflegt haben, befindet sich in Auflösung. Stattdessen kommt es zu unregelmäßigen Treffen, auf denen wir unsere bedürfnisgerechte Reorganisation besprechen. Sprich: Wir brauchen eine für alle passende Zeit, Raum für informellen Erfahrungsaustausch und Wiedersehensfreude ebenso wie ein Forum für Reflexion und bildungssystembezogene Gesellschaftskritik.

Das alte Plenum zu studierendenfreundlichen Zeiten mitten in der Woche funktioniert nicht mehr, da sich unsere Lebenssituationen im zurückliegenden Jahr sehr ausdifferenziert haben: Studienabschlussphase, Referendariat, Lehrauftrag, Dissertation, temporäre Arbeitslosigkeit etc. Trotzdem treffen sich einige Leute immer noch alle zwei Wochen mittwochs. Ihr Projekt ist jetzt, die erfolgreichen ersten 2-3 Jahre der Kritischen Lehrer\_innen zu dokumentieren und so eine Art kritische Methode für Studierendengruppen aufzuschreiben, die wir in dieser Zeit genutzt haben, um unsere Auseinandersetzungen mit unserer zukünftigen Rolle unter den verschiedensten Aspekten gemeinsam zu reflektieren. Dabei wird ein Reader entstehen. In einem halben Jahr haben wir uns vorgenommen, auf dieser Grundlage eine neue Gruppe für Studierende anzubieten.

Die Kritischen Lehrer\_innen bestehen zur Zeit aus folgenden Teilen

- unregelmäßige Reorganisierungs-Treffen im größeren Rahmen
- Mittwochs-Treffen in kleiner Besetzung alle 2 Wochen. Das nächste ist am 29.4. um 19:45 im Projektraum in der Herrmannstr. 48, Berlin Neukölln, 2. HH, 1. Stock Mitte

Kritische Lehrer\_innen mischen außerdem mit

- in der berliner Bildungsstreik-Bezugsgruppe GrmPfl\_: GrmPfl\_@lists.spline.inf.fu-berlin.de
- in der jungen GEW Berlin: junge.gew@gew-berlin.de
- im Herrschaftskritischen Colloquium: cmlang@gmx.de
- in der Bezugsgruppe Referendariat

Kontakt: [kritischelehrerinnen@web.de](mailto:kritischelehrerinnen@web.de)

# hco2 - Herrschafts- kritisches Colloquium Berlin

von Christoph aus Berlin

am Montag, den 6. April gründeten wir zur Reflexion unserer Abschlussarbeiten das herrschaftskritische Colloquium HCO2. Damit verbanden wir drei Ziele:

- Herrschaftskritik als Methode für die eigene Arbeit nutzen.
- Unsere Methodiken, Prämissen und Ergebnisse herrschaftskritisch reflektieren.
- ein Forum, um Thesen und Methodiken vorzustellen und Feedback dafür zu kriegen und anderen zu geben.

Das Colloquium ist vorerst gedacht als Unterstützung konkreter Arbeiten im Zeitraum von jetzt bis etwa Herbst 2009, soll aber verstetigt werden. Die herrschaftskritische Reflexion und gegenseitige Unterstützung beginnt für uns bereits bei der Themensuche und -beschreibung. Wer mitmachen will, muss kein Crack in Sachen Herrschafts- und Ideologiekritik sein und noch nicht mal Geistes- oder Sozialwissenschaften studieren. Interesse und ein vertretbarer Leseaufwand genügen für's mitmachen. Wir haben uns darüber hinaus entschieden, die Termine so zu gestalten, dass mensch auch unvorbereitet hinkommen kann. Allerdings ist es uns wichtig, dass sich interessierte zum Colloquium anmelden, damit es nicht gleich zu groß wird. Außerdem können wir dann Inputs und Spiegel-Referate vorab verschicken.

In den ersten Treffen haben wir bereits eine sehr ergiebige Arbeitsmethode ausprobiert: Am Anfang besteht immer viel Zeit, um sich gegenseitig vorzustellen, falls neue Gesichter dabei sind. Dann gibt es ein Input-Referat, in dem eine\_r den aktuellen Stand seiner/ihrer Arbeit vorstellt. Dieses Referat wird durch ein Spiegel-Referat ergänzt, in dem konsequent die Frage nach Herrschaftsförmligkeiten und herrschaftskritischem Potetial an das Input gestellt wird. Anschließend diskutieren wir gemeinsam zuerst unter der Fragestellung der Herrschaftskritik und dann unter dem Aspekt von wissenschaftlichem Vorgehen, Praktikabilität und Abgrenzungen. Am Ende sammeln wir nochmal die Kriterien ein, unter denen im Spiegelreferat und in der Diskussion Herrschaftskritik an das vorgestellte Projekt herangetragen wurde, um den gemeinsamen Prozess knapp zu dokumentieren.

Ein weiterer Strang des Kolloquiums ist, dass herrschaftskritische Basistexte vorgestellt werden können, so dass mit der Zeit eine gemeinsame Literaturliste entsteht, die das Handwerkszeug unserer Herrschaftskritik theoretisch unterlegt.

Das erste inhaltliche Treffen zum Thema „Erwachsenenbildung für Nachhaltige Entwicklung und ihre Evaluation“, kam das Konzept voll zum Tragen. Nicht nur, dass das Konzept der „Nachhaltigen Entwicklung“ neben emanzipatorischen Tendenzen eine normative Fundierung hat, sondern auch, dass Evaluation zur Zeit eines der wichtigsten Instrumente zur Steuerung von Verhalten und Lebensstilen zu werden scheint, machten das Thema für eine herrschaftskritische Auseinandersetzung überaus spannend. Emanzipatorische Wendungen inbegriffen.

**Историческая**

